MBE-WILLE: Nur teilweise Abgeltung der Teuerung "nicht unwidersprochen", aber doch "hinnehmen"! S.8

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Preis 6,- (für Studenten, Schüler, Lehrlinge, Soldaten, Pensionisten: ...) Redaktion: 1020 Wien, Krummbaumgasse 1/2, Tel.: 0222/35 21 76 Vertrieb: 1020 Wien, Krummbaumgasse 1/2, Tel.: 0222/33 59 174

Nr.17 September 80

Großer Erfolg der polnischen Arbeiterklasse



Freie, unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaften;

Streikrecht in der Verfassung verankert;

Wiedereinstellung aller 1970 und 1976 entlassenen Arbeiter erreicht.

OKTOBERARENA OKTOBRSKITABOR S.4/5

Boykottiert die beiden AKW-Volksbegehren

In der Woche vom 3. bis 9. November 1980 wird es voraussichtlich zwei Volksbegehren geben. Eines - das ist seit längerem bekannt - zielt auf die Aufhebung des Atomsperrgesetzes und die Inbetriebnahme von Zwentendorf ab. Warum wir es bekämpfen verlangt keine lange Erklärung und war zu erwarten. Diejenigen wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die Interesse an der Errichtung und dem Betrieb eines Atomkraftwerkes in Österreich haben, werden die Schlappe vom 5.November 1978 nicht tatenlos hinnehmen. Acht Milliarden Schilling werden zu einer gesellschaftlichen Macht, die Personen zum Handeln bringen, auch wenn die weiteren Kosten im Falle einer Inbetriebnahme durch die Notwendigkeit einer Atommülldeponie und der Wiederaufbereitung der Brennstäbe sowie das Risiko ein Vielfaches des bisher investierten Kapitals wären. Verbrechen wurden schon für wesentlich weniger Geld begangen.

Wesentlich mehr Probleme bringt den Atomkraftwerksgegnern das zweite Volksbegehren. Es zielt auf den Umbau Zwentendorfs in ein Gaskraftwerk. Laut Unterstützungserklärung geht es um die "Erlassung eines Bundesgesetzes betreffend den Umbau des Atomkraftwerkes Zwentendorf in ein konventionelles kalorisches Kraftwerk sowie eine stärkere Absicherung des Atomsperrgesetzes."

"Damit überhaupt etwas geschieht" soll der Vertreter der ARGE gegen Zwentendorf, Prof.Tollmann, der Initiatorin, Frau Schmitz, die Unterstützung dieses Volksbegehrens zugesagt haben. Und tatsächlich unterstützen die "Neuen Argumente", die Zeitung der ARGE, die Sammlung der Vorausunterschriften. Leider gibt es auch noch unter einigen anderen AKW-Gegnern die Auffassung, daß dieses zweite Volksbegehren gegen Zwentendorf als Atomkraftwerk gerichtet ist. Wir teilen diese Auffassung nicht.

Sicher kann dieses Volksbegehren an dem berechtigten Wunsch vieler Menschen anknüpfen, daß die Werte, die von einem Teil der Arbeiterklasse in Zwentendorf geschaffen wurden, nicht verrotten und verludern, sondern sinnvoll verwendet werden sollen, auch wenn man prinzipiell der Auffassung ist, daß das AKW Zwentendorf von vornherein nicht gebaut hätte werden sollen. Aber erfahrungsgemäß hat dieser Wunsch recht wenig Einfluß auf das, was mit Produktivkräften in unserer Gesellschaft tatsächlich geschieht. Durch Arbeitslosigkeit, Verschwendung von Rohstoffen, Energie und stillgelegte Produktionsanlagen wird ein Vielfaches des Wertes von Zwentendorf an Produktionsmitteln vergeudet. Weder der Einzelne, noch eine ganze Bewegung von AKW-Gegnern hat darauf besonderen Einfluß, ob Haushaltsgeräte mit eingebauten Verschleißteilen auf den Markt kommen, oder die Lebenszeit der Autos immer mehr verkürzt wird. Bestimmt werden solche Entwicklungen von den Gesetzen der Produktion von maximalem Profit.

Die Auseinandersetzung zwischen den Teilen des Volkes, die gegen das AKW Zwentendorf sind, und den Teilen der herrschenden Klasse, die es um jeden Preis in Betrieb nehmen wollen, ist längst keine auf ökonomischer Ebene mehr. Ginge es nur ums Geld, um eine wirtschaftlich sinnvolle Verwendung von öffentlichem Geld, würden keine Projekte

SEITE 8

KOMMENTAR



EIN PROPAGANDAFEST FÜR DIE KRIEGSTREIBER

OLYMPISCHER WAGEN 1980 (Aus Naš tednik)

Die olympischen Sommerspiele von Moskau gehören der Vergangenheit an. Geendet haben sie so wie sie begonnen hatten: Mit einem Spektakel, das der Machtdemonstration einer Supermacht würdig war. Wer bei den Abschlußfeiern die sechs Zivilisten gesehen hat, die im militärischen Stechschritt die olympische Fahne trugen, dem war ein flaues Gefühl im Magen sicher. Ähnliches hat so mancher von uns schon einmal gesehen: Z.B. in Leni Riefenstahls faschistischem Propagandafilm über die Hitlerolympiade 1936 in Berlin.

Das wie vieles andere bei diesen Wettkämpfen war war offensichtlich einem Ziel untergeordnet: Eine friedliebende Großmacht sollte dargestellt werden, bei der jeder Gedanke an die sozialimperialistischen Verbrechen absurd erscheint. Daß zu dem Ganzen der Sport herhalten mußte, ist klar. Eine riesige Medaillenflut sollte die "Überlegenheit" des sozialimperialistischen Systems "beweisen". Und wenn das nicht mit den Mitteln der Chemie und des unmenschlichen Trainings ging, so wurde einfach geschoben: Die krasse Benachteiligung der rumänischen Turnerin Comaneci zugunsten des russichen Turnwunders war nicht der einzige Fall in diese Richtung.

Das wäre allerdings nicht das Schlimmste. Dank der eifrigen Mithilfe der westlichen Schreiberlinge ist es den Sozialimperialisten tatsächlich bis zu einem gewissen Grad gelungen, drei Wochen lang von ihren Verbrechen abzulenken. Jene, die vor den Spielen noch geschrieben hatten, man solle doch nicht boykottieren, man solle doch lieber die schlechten Verhältnisse in Moskau selbst aufzeigen, waren die ersten, die sich ob der "phantastischen" Leistungen der Sportler überschlugen. Höchstens ein böses Wort über die vielen Polizeikontrollen im olympischen Dorf und in der Stadt. Sonst nichts.

Lediglich einige Sportler brachten den Mut zu Aktionen auf: eine französische Delegation protestierte bei den russischen Behörden gegen die Unterdrückung in der Sowjetunion. Und der österreichische Segler Mayerhofer trat mit einer schwarzen Armbinde zur Siegerehrung an.

So ist insgesamt gesehen - trotz des Olympiaboykotts von immerhin mehr als 60 Ländern - das erwartete Spektakel nicht verhindert worden. Die Sozialimperialisten hatten genug Publikum, um sich vor aller Welt und den unterdrückten Massen im eigenen Land als friedliebende "Opfer" von Verleumdungen hinzustellen und ihre eigenen Agressionsspuren etwas zu verwischen.

Ein Grund für diesen sozialimperialistischen Teilerfolg lag sicherlich in der Verlogenheit der imperialistischen Regierungen. Segler Mayerhofer prangerte sie richtig an: jene, die einen Boykott auf dem Rücken der Sportler verlangen und selbst ihre wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen mit dem sozialimperialistischen Aggressor ausbauen, sind nicht besonders ernst zu nehmen.

Verlogenheit darf man den österreichischen Imperialisten allerdings nicht vorwerfen. Sie gaben sich keine Mühe, ihre Liebesdienste an den Neuen Zaren zu verstecken. Sie fetteten olympische Turniere mit österreichischen Sportlern auf - wie im Hockey -, sie lobten die Spiele wo es nur ging, trugen die Nationalflagge mit, wo andere die olympische trugen etc. Daß sich ÖOC-Präsident Heller dennoch beim Moskauer Bürgermeister beschweren gehen mußte, weil sich die sozialimperialistischen Wirtschaftsaufträge für Österreich nicht postwendend einstellten, liegt in der Tragik solch treuer Diener........ (Z-wik)

EDITORIAL *Aufgrund der Bedeutung der polnischen Streik- und Oppositionsbewegung nicht nur für das polnische Volk, sondern auch für das internationale Proletariat haben wir einen Großteil dieser Nummer des "Klassenkampfs" diesem Thema gewidmet und auch die Seitenzahl erhöht. Sie finden daher außer dem nebenstehenden Artikel auf den Seiten 13 bis 19 umfangreiches Dokumentations- und Informationsmaterial, womit wir den Charakter dieser Bewegung besser beleuchten und darstellen wollen. Zum Opfer gefallen sind dieser Schwerpunktsetzung zwei bereits fertig montierte Seiten über die krisenhafte Wirtschaftsentwicklung in den USA. Wir werden dies in der nächsten Nummer, zusammen mit der geplanten Einschätzung des US-Wahlkampfes, nachholen.*

-Die Redaktion-

POLEN

24.8.1980:

Trotz des "größten Köpferollens seit 1945" in der polnischen Staats- und Parteiführung streiken die Arbeiter von Gdańsk (Danzig), Gdynia (Gdingen) und Zoppot an der Ostseeküste, von Sczecin (Stettin) und in Schlesien weiter. Hunderttausende, die in mehreren Hundert Betrieben zum Teil schon seit sechs Wochen streiken, wollen die Erfüllung ihrer Forderungen.

Daß der Ministerpräsident, der Gewerkschaftspräsident und mehrere Minister und Politbüromitglieder der PVAP (der herrschenden revisionistischen "Vereinigten Arbeiterpartei") abgesägt wurden, zeigt die Schwäche dieser Bande, die im Auftrag der sowjetischen Machthaber das Land verwalten: Sie sind unter sich zerstritten, sie wissen nicht, wie es weitergehen soll - und sie fühlen sich zu Zugeständnissen gezwungen.

Doch in über 20 Jahren, in mehreren großen Streikkämpfen (1968 Warschau, 1970 Gdańsk, 1976 Ursus), haben die polnischen Arbeiter gelernt, sich nicht mehr mit Versprechungen und dem Vorzeigen einiger neuer Figuren an der Spitze des Unterdrückungsapparates täuschen zu lassen. 1956 ist Gomulka mit dem Versprechen von "Reformen" an die Macht gekommen, 1970 Gierek auf dem Rücken der streikenden Werftarbeiter von Gdańsk. Beide haben innerhalb weniger Jahre alles Vertrauen verspielt.

Das Streikziel war ja auch nie die Ersetzung einiger Minister durch andere und auch nicht bloß eine Lohnerhöhung oder eine Verbesserung der Lebensmittelversorgung. Die wichtigsten Forderungen sind (aus dem Forderungsprogramm des "MKS", des überbetrieblichen Streikkomitees Gdańsk):

- Garantie des Rechts auf Streik. Für die Zeit des Streiks Lohnfortzahlung.
- Respektierung der von der Volksrepublik Polen ratifizierten Konvention Nr. 87 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Gewerkschaftsfreiheit. Aufhebung der Einmischung der staatlichen Organe in die Tätigkeit der Gewerkschaften.
- Effektive Schritte, um das Land aus der Krisensituation zu führen durch:
  a) vollständige Information über die gesellschaftlich-wirtschaftliche Situation,
  b) Ermöglichung der Teilnahme an den Diskussionen über das Reformprogramm für alle Kreise und Schichten.
- Achtung der in der Verfassung garantierten Freiheit des Wortes. Aufhebung der Zensur. Freilassung aller politischen Häftlinge.
- Zugänglichmachung der Massenmedien auch für die Vertreter der Kirchen aller Bekenntnisse.
- Volle Versorgung des Marktes. Export ausschließlich von Überschüssen.
- Aufhebung der Privilegien des Sicherheitsdienstes, der Miliz und des Parteiapparates. Angleichung der Familienzuschläge an die Zuschläge, die dieser Personenkreis erhält. Abschaffung der Läden für Privilegierte.
- Lohnerhöhungen um 2.000 Zloty für alle. Automatische Steigerung des Grundlohnes entsprechend den Preissteigerungen.

POLEN

Die Forderungen sind, in ihrer Gesamtheit gesehen, im Grunde gegen das in Polen herrschende Gesellschaftssystem gerichtet. Betrachtet man sie genau, im Lichte der ursprünglichen Regierungspropaganda von wegen "umstürzlerisch", dann erhält man, sozusagen regierungsamtlich bestätigt - folgende Erkenntnisse über Polen: Polen muß Güter, die es selber dringend brauchen würde, exportieren - im Rahmen der "internationalen Arbeitsteilung" an die Sowjetunion (während der Olympiade, als in Polen "Fleischknappheit" herrschte, haben Arbeiter versiegelte Güterwagen aufgebrochen, die für die Sowjetunion bestimmt waren: sie waren randvoll mit Fleisch und Wurst zur Versorgung der Gäste des Moskauer Spektakels). Die Funktionäre des Unterdrückungsapparates leben im Luxus, verglichen mit dem Lebensniveau der arbeitenden Massen. Die Entscheidungen über Wirtschaft und Politik werden von einem kleinen Kreis herrschender Machthaber getroffen. Die Arbeiter, die Produzenten des gesellschaftlichen Reichtums, haben nichts zu reden. Die Gewerkschaften sind staatliche Behörden zur Niederhaltung der Arbeiter. Und wer mit diesen Zuständen nicht einverstanden ist, der sitzt im Gefängnis. Kurz: Es herrschen ganz alltägliche kapitalistische Zustände, verschärft durch das Fehlen gewisser politischer Freiheiten, die sich die Arbeiter in den bürgerlichen Demokratien schon erkämpft haben; und verschärft durch die Ausplünderung und Beherrschung des Landes durch die Sowjetunion.

Dieses System, eine schaurige Karikatur auf den früher wirklich einmal aufgebauten Sozialismus, ist heute in einer offenen Krise, nicht aber "der Sozialismus", wie die Leitartikler aller Zeitungen triumphierend aufheulen.

Man hat ja auch trotz eifrigen Suchens sowohl der polnischen Machthaber als auch der westlichen Korrespondenten keinen Vertreter der Streikenden aufgetrieben, der die Einführung der sogenannten "westlichen Demokratie" zum Streikziel erklärt hätte. Vielmehr nehmen die Arbeiter die von der herrschenden revisionistischen Partei verbreiteten "sozialistischen" Phrasen beim Wort und fordern die Beteiligung der arbeitenden Massen an allen Entscheidungen sowie die Verwirklichung jener demokratischen Rechte, die auf dem Verfassungspapier stehen. "Wir brauchen wieder eine richtige Arbeiterpartei und eine echte Arbeiterselbstverwaltung", sagte ein von der ORF-Korrespondentin interviewter Arbeiter der Lenin-Werft in Gdańsk.

Mit den Streiks für diese politischen Forderungen haben sich die Arbeiter an die Spitze der Hoffnungen und Forderungen der ganzen polnischen Nation gestellt: demokratische Rechte und nationale Unabhängigkeit sind das dringlichste Bedürfnis sowohl der Arbeiter als auch der Bauern und der Intellektuellen. Gerade deswegen ist die Einheit so groß: Bauern aus der Umgebung von Gdańsk liefern die Milch nicht mehr an den Staat ab, sondern direkt an die besetzte Lenin-Werft; sogar die Verkehrspolizei von Gdańsk hat eine Delegation mit einer Spende in die Lenin-Werft geschickt.

Bisher haben die Streikenden alle Versuche der Regierung abgewehrt, sie zu spalten. Sie haben sich nicht durch die Befriedigung der Lohnforderungen zu einem Verzicht auf die politischen Forderungen verführen lassen. Sie haben nicht zugelassen, daß die Regierung die überbetrieblichen Streikkomitees ignoriert, um die Arbeiter einzelner, besonders kleinerer, Fabriken herauszuspalten. Sie haben nicht zugelassen, daß sich die Regierung die Verhandlungspartner aussucht - als die Regierung als Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen stellte, die als besonders "hart" geltenden Arbeitervertreter Anna Walentynowicz und Lech Walesa aus dem Präsidium des Streikkomitees zu entfernen, hat die Streikversammlung diese Kollegen demonstrativ wiedergewählt.

Die Regierung mußte direkt mit den überbetrieblichen Streikkomitees verhandeln. Das und die Wiederherstellung der Telefonverbindungen von und nach Gdansk war der erste Erfolg der Streikbewegung.



30./31.8.1980:

Nach wochenlangen Streiks, die sich von der Ostseeküste auch ins Landesinnere und auf einige schlesische Bergwerke ausdehnten, und 17 Tage langen Verhandlungen der überbetrieblichen Streikkomitees in Gdansk und Sczecin kommt es am Samstag, dem 30.8. zu einem Übereinkommen mit dem Regierungsvertreter Jagielski, welches am Sonntag unterzeichnet wurde.

Dieses Übereinkommen sieht unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaften, die Verankerung des Streikrechtes in der Verfassung, die Überarbeitung des geltenden Zensurrechtes sowie die Wiedereinstellung aller nach den Streikkämpfen 1970 und 1976 entlassenen Arbeiter vor. (Ob auch eine Einigung über die Freilassung politischer Gefangener zustandekam, war zum Redaktionsschluß noch nicht bekannt). Darüber hinaus werden Lohnerhöhungen, eine Änderung der Wirtschaftspolitik sowie eine bessere Lebensmittel- und Wohnungsversorgung beschlossen. Die Arbeit soll wieder aufgenommen werden.

Die polnischen Arbeiter haben mittels ihres hervorragend geführten und organisierten Streiks und mit Hilfe der großartigen Unterstürzung durch die Bevölkerung einen großen Erfolg errungen. Die polnischen Arbeiter haben darüber hinaus - unter der schwierigen Bedingung einer sozialimperialistischen Bedrohung - ein mutiges Beispiel gesetzt für die Arbeiterklasse und die Völker der anderen sich unter sowjetischer Herrschaft befindlichen Ostblock-Staaten und der Sowjetunion selbst.

Forderungen der streikenden Arbeiter:

DAS FORDERN POLENS ARBEITER NOCH VON DER REGIERUNG:

- *Abschaffung der kommerziellen Preise für Fleisch - Einführung von Lebensmittelkarten für Fleisch und Fleischprodukte bis zur Normalisierung des Marktes.*
- *Veröffentlichung autorisierter Berichte über die Streiks und über die Gründung des überbetrieblichen Streikkomitees in der Presse, im Rundfunk und TV..*
- *Aufhebung der kommerziellen Preise und Beendigung des Verkaufs für Devisen im sogenannten "inneren Export".*
- *Einstellung von Führungskräften nach Qualifikation und nicht nach Parteizugehörigkeit.*
- *Senkung des Rentenalters von Frauen auf 50 und Männern auf 55 Jahre.*
- *Gleichsetzung der Altrenten auf die Ebene der gegenwärtig gezahlten Renten.*
- *Verbesserung des Gesundheitsdienstes und Sicherung voller medizinischer Fürsorge für die Arbeiter.*
- *Sicherung ausreichender Plätze in Krippen und Vorschulen für Kinder.*
- *Einführung eines bezahlten Mutterschaftsurlaubes in den ersten drei Jahren.*
- *Verkürzung der Wartezeit auf Wohnungen.*
- *Anhebung der Tagegelder von 40 auf 100 Zloty sowie ein Teuerungszuschlag.*
- *Einführung des freien Samstages für Arbeiter im Schichtdienst.*

Es stimmt wohl, daß gewisse Lernprozesse nie ganz zur Zufriedenheit der Lehrenden vor sich gehen: offensichtlich auch die Haltung einiger Kärntner zu den Kärntner Volksabstimmungsfeiern, zu den 10.-Oktober-Feiern. Da wollen und wollen z.B. die Kärntner Slowenen und immer wieder auch einige renitente "Windische" nicht so feiern, wie es das offizielle Kärnten vorschfeibt; noch ärger: sie wollen nämlich überhaupt nicht feiern, sie sagen - und das nach 60 Jahren noch immer: "es gibt überhaupt nix zum feiern!". Am 10.Oktober.
Man kann Dummheit nicht einbleuen, - das wissen manche Lehrer bereits. Auch nicht ein-"feiern", vor allem dann nicht, wenn die Hauptfarbe der Kostüme und wohl auch der Intentionen nach wie vor braun ist.

6o Jahre Volkabstimmungsfeiern in Kärnten

..die Zeit ist noch nicht reif.."

Seit den Verhandlungen zwischen Vertretern der Slowenenorganisationen und der Landesregierung Ende Juni ist nun klar, daß eine Zusammenarbeit für die offiziellen 10.Oktoberfeiern und natürlich auch eine Beteiligung nicht möglich ist. Die übrigens erstmalige Einladung seitens der Landesregierung war wohl auch nicht sehr ernst gemeint, denn folgende Gründe sind für die Nichtbeteiligung der Kärntner Slowenen (und nun auch der Oktober Arena/ Oktobrskitabor) maßgebend:
a- die Landesregierung war nicht bereit, über Teile des Operationskalenders (= ein konkretes Forderungsprogramm der Kärntner Slowenen) Verhandlungen zu führen, sondern denunziert weiterhin diesen Katalog als "gegen die Verfassung gerichtet".
b- die Slowenenvertreter wurden am Nachmittag bei der Verhandlung vor ein fix und fertig beschlossenes (am Vormittag gedrucktes) Programm für die Feier gestellt, das auch inhaltlich keineswegs annehmbar, sondern zum Teil sogar völlig unsinnig ist.
c- aus obiger Tatsache und Lh Wagners Presseerklärung ("die Zeit ist noch nicht reif") sieht man klar, daß seitens der Landesregierung kein ernsthaftes Interesse an einer Zusammenarbeit da war - man muß sogar sagen: im Gegenteil.
d- die letzten zwei Neuerungen: 1. der KHD wird in einem eigenen Block gehen und 2. Sprecher des Landes Kärnten wird Herr Prugger senior sein (über den offensichtlich berechtigterweise gesagt wird, daß er ein fester Nazi war; übrigens war zuerst Bundespräsident Kirchschläger geplant gewesen) sind im gewissen Sinn ein Kniefall vor den Deutschnationalen; aber auch in gewissen Sinn ein etwas lächerlicher Versuch sich von den offen Deutschnationalen, dem KHD, zumindest beim Aufmarsch etwas abzugrenzen. Ob wohl manche Parteifuntionäre Gewissensschwierigkeiten bekommen, ob sie beim KHD-Block oder beim Parteiblock mitmarschieren sollen?

Für die OktoberArena/OktobrskiTabor hatte dies die Auswirkung, daß sie nun nicht mehr Bestandteil des offiziellen Programms sein wird - in jenem wäre sie wohl auch sicherlich äußerst "merkwürdig" aus dem Rahmen gefallen. Sie wird wahrscheinlich auch keinerlei finanzielle Unterstützung bekommen. Sie hat aber auch unseres Wissens nicht besonders damit gerechnet.

Interessant wird in der nächsten Woche noch werden, wie sich die Sp-Bundesorganisationen verhalten, und wie v.a. Bundeskanzler Kreisky: wird er sich dazu hergeben, mit dem Herrn Prugger senior zusammen bei dieser Nationalisten-Folkore-Feier eine Rede zu halten? Widerspricht das nicht seiner antifaschistischen Haltung? Seiner - wohl gemerkt *persönlichen* Haltung den Kärntner Slowenen gegenüber? Und wie wird sich die Gewerkschaft verhalten? Bisher will die Gewerkschaft mitmachen und zu dieser Feier aufrufen. Das widerspricht den antinationalistischen, antifaschistischen Grundsätzen der Gewerkschaft! Werden sich die Organisationen, die Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaft (wohl gemerkt: auch jene außerhalb Kärntens) für diese Nationalisten-Folklore-Feiern hergeben? Viele Antifaschisten in diesen Organisationen haben sich dazu noch nicht geäußert - es wird nun aber Zeit!

hr - Klagenfurt/Celovec

Informationen für alle Freunde der OktoberArena/ Oktobrskitabor

Um den Oktober zum Monat der Minderheitenrechte zu machen, den Nationalismus in Kärnten zurückzudrängen, brauchen wir - die OA/OT - die Unterstützung aller Freunde der Minderheiten und aller Freunde der OA/OT-Bewegung. Wie könnt ihr die OA/OT unterstützen?
Hier einige Anregungen:

- an den konkreten Vorbereitungsarbeiten mitarbeiten, *wenn ihr in der Nähe von Klagenfurt/Celovec wohnt.* Auskünfte: Mo - Fr, 8 - 10 Uhr, Tel. 84 9 24 OA/OT.
- Informationen über die OA/OT verbreiten, *egal wo ihr wohnt.* Es gibt bis jetzt: eine Broschüre über das Konzept der OA/OT 80 (gratis). Ab September gibt es: die OA/OT Informationsbroschüre, Plakate, Vorverkaufskarten, Pickerl, ev. Anstecker, alles zu geringen Preisen. Falls Ihr Interesse habt, gebt Eure Bestellungen jetzt schon auf. Auskünfte: Tel. s.o., Bestellungen: OA/OT Postfach 497, 9010 Klagenfurt/Celovec
- möglichst viele Leute zur OA/OT-Veranstaltung am 11.10. bringen, *egal wo ihr wohnt.* Wie? Z.B. so:
- organisiert an Eurem Ort ein Treffen von Leuten, die die OA/OT unterstützen könnten bzw. sollten und bereitet mit ihnen eine kleine Veranstaltung vor, z.B. im September. Wir können Euch für eine solche Veranstaltung Redner des Vorbereitungsausschusses der OA/OT, Video-Film über die vorjährige OA/OT, Infomaterial, ... zur Verfügung stellen.
- organisiert dann für den 9. oder 10.10. einen Bus oder Zug oder Austos etc. und kommt dann in Scharen zur OA/OT.
- Beschlüsse gegen die Beteiligung der Gewerkschaft an den offiziellen 10. Oktoberfeiern, *wenn ihr Gewerkschafter seid.* Macht Stimmung auf Eurem Arbeitsplatz für die OA/OT und gegen die Feiern. Wir freuen uns v.a. auch über jeden Gewerschafter, ganz zu schweigen von eventuellen Funktionären, wenn sie die OA/OT mit ihrem Besuch beehren.
- Beschlüsse gegen die Beteiligung der SPÖ-Organisationen an den offiziellen 10. Oktober-Feiern, *wenn ihr in einer solchen seid oder Kontakt zu ihr habt.*
- Briefe an Bundeskanzler Kreisky, daß er sich nicht für eine Rede hergeben soll.
- *und alles, was euch selbst noch einfällt, vor allem auch: Spenden.....*

Die heurige OktoberArena/Oktobrskitabor findet statt: 11. Oktober in Klagenfurt/celovec,Messehalle 5

Programm: (Vormittag) Beginn 10 Uhr, Auftritt von Blues- und Folkgruppen, Liedermachern und Tamburizzagruppen. Ende 12.30 Uhr. (Nachmittag) Beginn 13 Uhr, Einzelkonzerte namhafter österr. und ausländ. Interpreten, slowenische und andere Kärntner Chöre, Literatenlesungen.
Hauptabendprogramm: Beginn 19 Uhr, 3 Kärntner Chöre, Grußansprachen und Reden, Kurzauftritte namhafter österr. Einzelinterpreten sowie der Folk- und Popgruppen, Kurzauftritte literarischer und kabarettistischer Interpreten, Schlußdarbietungen, Open end.
Neben- und Pausenprogramme: Ausstellungen, OA/OT-Kindergarten (zweisprachig), Bücher- und Infostände, Ausschank von Speisen und Getränken.



Im Oktober 1977 begann die OktoberArena/Oktobrskitabor: als Alternative zu den jährlich stattfindenden, deutschnationalen und slowenenfeindlichen Oktoberfeiern, und als Versuch, neue Formen für ein friedliches Zusammenleben der Volksgruppen in Kärnten zu finden. Gleich beim ersten Mal 500 Teilnehmer - dennoch wurde die Arena von der Öffentlichkeit kaum beachtet: das gewöhnliche Schweigen der Kärntner Medien, wenn es um Veranstaltungen der slowenischen Volksgruppe und ihrer Freunde geht. 1978 waren es bereits 800 Teilnehmer und 1979 über 1000.
Jetzt kann man es sich nicht mehr leisten, die Veranstaltung und ihre Inhalte zu ignorieren. Die OktoberArena/Oktobrskitabor ist keine "Alternativ-Feier" am 10. Oktober. Das zeigen ihre Losungen. (rechts das Plakat vom letzten Jahr, links das von heuer). Die heurigen Hauptlosungen deuten Sinn und Perspektive der OktoberArena-Bewegung an: den Oktober zum Monat der Minderheitenrechte zu machen und die nationalistischen Feiern mit ihren Geschichtslügen und ihrem reaktionären Gedankengut zurückzudrängen.



Kärntner Chauvinisten verhindern Regionalabkommen mit Jugoslawien

.."Deutsch-Kärnten gerettet"..

Für die Kärntner Chauvinisten ist das "deutsche" Kärnten wieder einmal gerade noch davongekommen. Denn beinahe hätte die Stunde Null geschlagen. Was war passiert?

Vorweggenommen - etwas schreckliches war im Gange. Die jugoslawische Regierung hatte schon vor einiger Zeit der österreichischen Regierung einen Vorschlag gemacht, der die Kärntner Reaktionäre vom Heimatdienst bis zur Landes-SP-Spitze in Panik versetzt hatte: Jugoslawien schlug eine engere regionale Wirtschaftszusammenarbeit vor. Die Grenzregionen beider Staaten, also die südlichen Bereiche Kärntens, der Steiermark und des Burgenlandes sollten, da es in beiden Staaten dort eine wenig entwickelte Wirtschaft gibt, enger zusammenarbeiten und ein Abkommen schließen, in welchem eine Reihe von wirtschaftspolitischen Maßnahmen getroffen werden sollte. So sah der jugoslawische Vorschlag die Errichtung einer 20 bis 30 km breiten Zollfreizone beiderseits der Staatsgrenze vor, für die Industrie, das Gewerbe und den Verkehr in dieser Region sollten bedeutende Erleichterungen geschaffen werden und der Warenaustausch sollte gefördert werden. Auch die Möglichkeit der Errichtung von Betrieben im jeweils anderen Staat wurde angeregt.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind zweifellos im Interesse beider Seiten. Die Struktur der Wirtschaft in den Grenzregionen ist nicht besonders gut entwickelt. Was Südkärnten betrifft, herrscht hier die größte Arbeitslosigkeit in Österreich, es gibt schlechte Arbeitsbedingungen, niedrigere Löhne als sonstwo und eine sehr hohe Pendlerrate. Jede Verbesserung der Wirtschaftsstruktur ist für die Werktätigen in dieser Region von größtem Interesse.

Noch etwas anderes kommt dazu, was heute ein brennendes Problem ist: durch das Wettrüsten der beiden Supermächte wächst die Kriegsgefahr, und der sowjetische Sozialimperialismus ist heute der Hauptkriegstreiber. Es ist bekannt, daß unser südliches Nachbarland in seinen Hegemonieplänen eine besonders wichtige Rolle spielt und seit Jahrzehnten sowjetischem Druck und Einmischungsversuchen ausgesetzt ist. Sollte es einmal zum Krieg kommen, wird es nicht nur um die Unabhängigkeit und Freiheit Jugoslawiens gehen,



sondern auch um die Österreichs. Beide Staaten haben also engste gemeinsame Interessen. Daher wäre die Unterstützung des blockfreien Jugoslawien durch Österreich, enge wirtschaftliche Kooperation und gut zusammenarbeitende und einander unterstützende Grenzregionen, die durch den österreichischen Imperialismus lange Zeit bewußt und künstlich unterentwickelt gehalten wurden, eine äußerst gute und wünschenswerte Sache.

Aber in Kärnten gibt es neben den bereits aufgezählten Übeln ein noch viel größeres Übel: den Chauvinismus, die nationale Hetze und Unterdrückung der Slowenen. Jene, die an ihm ein Interesse haben, weil sie damit die Bevölkerung gegenseitig aufhetzen und vom Kampf um die gemeinsamen sozialen Interessen als Arbeiter, kleine Angestellte und Bauern abhalten können, also die drei Parteien und der Kärntner Heimatdienst, haben nun aufgeheult, als der jugoslawische Vorschlag bekanntwurde. Plötzlich war Kärnten wieder in Gefahr. Abwehrkampfstimmung wurde geschaffen, der rote Fuchs jenseits der Karawanken, einen Teil Kärntens abtrennend wurde wieder beschworen. Und das Kärntner Kapital reagierte, vor Chauvinismus toll, wie es im modernen Kapitalismus selbst fürs Kapital nicht mehr üblich ist: keine Rede mehr von der sonst immer hochgelobten "freien Marktwirtschaft", vom "freien Spiel der Kräfte" und der "freien Konkurrenz", also den "Idealen", die immer wieder gegen das "strenge, zentralistische und dirigistische Staatswirtschaftssystem des Titokommunismus" in den Himmel gehoben wurden. Plötzlich forderten die Kärntner Kapitalisten und mit ihnen die Kärntner ÖGB-Spitze die Ablehnung der Zusammenarbeit mit Jugoslawien durch die Bundesregierung. Einige forderten sogar eine bessere Überwachung der angeblich zu offenen Grenze mit Jugoslawien. Wer da wohl dirigistisch ist? Die neuesten Praktiken der Kärntner Bourgeoisie erinnern nämlich stark an die Methoden der russischen Sozialimperialisten. Und die dürfen sich mit den Kärntner Reaktionären freuen: das Regionalabkommen zwischen Jugoslawien und Österreich wird jetzt nicht abgeschlossen werden. Peinlich für die Chauvinisten ist allerdings, daß einigen Kapitalisten der Profit aus Jugoslawiengeschäften doch recht heilig ist, obwohl ihre Führer gegen die Zusammenarbeit mit unserem Nachbarland Schwefel und Galle speien. So wurde vor kurzem bekannt, daß sich ein Südkärntner Kapitalist und FPÖ-Funktionär intensivst in Jugoslawien um Aufträge für Arbeiten in der Papierfabrik "Obir" in Rechberg/Rebrca bemühte, während sein Parteiboß Ferrari-Brunnenfeld gerade die wüstesten Attacken gegen dieses mit jugoslawischer Beteiligung betriebene Werk ritt...

KSch.

GEWERKSCHAFTLICHER KAMPF

Metallarbeiter-Lohnrunde:

Volle Teuerungsabgeltung notwendig !

Samstag, den 23.8.1980 kam der geschäftsführende Obmann und Zentralsekretär der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie mit dem Forderungspaket für die kommenden Kollektivvertragsverhandlungen betreffend rund 340.000 Metallarbeiter heraus: Angepeilt werde die Abgelung eines Großteils(!) der Inflation und ein Teil des Wirtschaftswachstums. Daher beträgt



1.) die Mindestlohnforderung 8 - 10% (auf erstaunte Nachfragen des Mittagsjournal-Reporters betonte Wille nochmals: Mindestlohn).
Es sei ein "wahrer Kern" daran, wenn Industrie und Finanzminäster der Meinung seien, daß die mit 2,5% an der Steigerung der Inflationsrate beteiligten Energie- und Goldpreissteigerungen nicht voll abgegolten werden sollen; man werde das aber "nicht unwidersprochen hinnehmen".

2.) Die Laufzeit des neuen Kollektivvertrages solle "wegen der Transparenz" für die Lohnempfänger mit 12 Monaten fixiert sein.

3.) Die Frage der Schwerstarbeiter werde zur Diskussion stehen. Mögliche Forderungen: tägliche Erholungszeiten, Zusatzurlaub oder anderes.
Darüber hinaus soll über die arbeitsrechtliche Angleichung der Arbeiter an die Angestellten gesprochen und eine diesbezügliche Arbeitsgruppe gemeinsam mit den Unternehmerns eingerichtet werden.

aus: TPO, Belgien

Zu 1.)

o Wille hat sich zu den Ist-Löhnen nicht klar geäußert, sondern nur etwas vom voraussichtlich 6% gemurmelt.

Eine Forderung von mindestens 10% - aber auf die Ist-Löhne - halten wir auch für nötig (und vor allem einen Abschluß in dieser Höhe). Bis Anfang September werden nach dem offiziellen Index 7% Preissteigerungen aufgelaufen sein (zuzüglich dem halten Prozent Erhöhung des Sozialversicherungsbeitrages mit 1.1.1980). Um das netto voll abzugelten, müßten Lohnerhöhungen in der Größenordnung um 10% durchgesetzt werden - auch wenn diese Forderung für die Kapitalisten ein "Kriegsgrund" ist. (Das von ihnen in Aussicht genommene Angebot lautet auf unter 6%, also schon brutto unter der offiziellen Preissteigerungsrate.)

o Wille ist prinzipiell nicht bereit, eine Mindestbetragesforderung aufzustellen: *"Jede Nivellierung durch die Gewerkschaften - auch mit Mindest- oder Sockelbeträgen - geht an den Realitäten* (gemeint ist damit, daß auch besser Verdienende von der Gewerkschaft vertreten sein wollen und eben nur in Prozenterhöhungen ihnen "der entsprechende Ausgleich" gebracht würde) *vorbei und müßte sich daher gegen die Gewerkschaften richten. Wir werden daher bei der Erhöhung der Löhne in Prozentsätzen bleiben müssen, obwohl das für so viele Mitglieder schwer verständlich ist."* (Aus: "Glück auf!" 9/80). Wille ist also gegen das Notwendige Nachziehen der vom Lohnabbau besonders betroffenen unteren Lohngruppen, bei der derzeitigen Höhe von Prozentforderungen nicht einmals die Teuerung voll abgegolten bekommen.

> *ÖGB-Vizepräsident Dallinger stellte am 27.8.1980 fest, daß es schon ein Erfolg sei, "wenn das Lohn- und Gehaltsniveau von 1979 gehalten werden kann." Eine Reallohnerhöhung würde Abschlüsse von über 10% erfordern, das sei unmöglich. Aber ein Mindestbetrag in der Größenordnung von ca. S 800,- für die Mindestlohnbezieher sei gerechtfertigt.*

o Die Gewerkschaftsführung denkt auch nicht daran (Wille erklärt das wiederum prinzipiell im oben erwähnten "Glück auf!" damit, daß die bisherige Praxis, die kollektivvertraglichen Mindestlöhne mehr zu erhöhen als die Ist-Löhne heute auch wieder nur das gleiche Verhältnis wie 1928 zustandegebracht hätte), eine deutlich über dem Ist-Lohn-Abschluß liegende Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne zu erreichen; schon gar nicht, auch hier mit einer Mindestbetrag-Forderung zu operieren.

Es ginge hier nicht nur um den nicht unbeträchtlichen Teil der davon betroffenen Lohnabhängigen (v.a. weibliche "Hilfsarbeiter") und z.B. auch um die Akkordrichtsätze, sondern auch gegen eine noch schärfere Lohndrückerei in der bevorstehenden Krise im besondern und im allgemeinen darum, der Spaltung und Aufsplitterung der Lohnabhängigen entgegenzuwirken. Dem entsprechen würde auch die Forderung nach der Auflösung der versteckten Frauenlohngruppe 6 und der Jugendlohngruppe 8.

o Zum "wahren Kern": Der plumpe Schmäh von Kapitalisten und ihrem Staat, "importierte" Anteile an der Preissteigerungsrate nicht voll abgelten zu können, läuft auf nichts anderes hinaus, als daß die Lohnabhängigen eine Senkung ihrer Löhne unter den Wert ihrer Arbeitskraft hinnehmen sollen. Den Unternehmern ist es längst gelungen, ihre Waren um den dadurch erhöhten Preis zu verkaufen. Taten sie das nicht - um die Konkurrenz zu unterbieten, sollen eben die Arbeiter den Lohnabbau hinnehmen (keineswegs der Kapitalist eine Verminderung seines Gewinnes). Überall in der kapitalistischen Welt wird damit die Notwendigkeit des Lohnabbaues begründet. So werden die niedrigen Löhne in einem Land (genauso wie national gesehen in einem Betrieb) zum Argument für die Notwendigkeit noch niedrigerer Löhne im anderen Land (Betrieb). Die Meisterschaften im Lohndrücken sind voll im Gange - natürlich im Dienste der "Arbeitsplatzsicherung".

Bis vorigen Samstag hat die österreichische Gewerkschaftsbewegung die hinterhältigen und dummen Argumente des Kapitals in keinem einzigen Fall akzeptiert - Wille tat es. Es gilt, eine Kettenreaktion an Lohnabbau zu verhindern.

Zu 2.)

o Diese Forderung ist in Ordnung. Wer denkt schon daran, daß 10% auf 12 Monate bei einer Verschleppung auf 14 Monate nur mehr 8,5% darstellen?

Fortsetzung auf Seite 8

Industrieangestellte:

Forderungen für die KV-Verhandlungen einbringen !

Die Kollektivvertragsverhandlungen für rund 75.000 Angestellte in Industrie und Gewerbe werden ebenfalls im September beginnen.

Der Sektionsvorstand der GPA-Sektion Industrie und Gewerbe forderte "alle Gliederungen der Sektion" auf, Vorschläge für das Forderungsprogramm zu machen, welches er in der ersten Septemberhälfte dann endgültig beschließen werde. Solche Vorschläge in engem Zusammenwirken von Belegschaft und Betriebsrat zu beraten und als Forderung zu beschließen ist nun wichtig und notwendig.

Außer den bereits von uns veröffentlichten Vorschlägen des Angestelltenbetriebsrates von Wertheim/Wien und der Angestellteninitiative im VOEST-Alpine-Werk Linz ist uns noch der im folgenden abgedruckte Antrag von den Betriebsratsobmännern und den Fachgruppenleitungen der Eisen- und Stahlbauindustrie, der Maschinenbauindustrie und der Heizungs- und Lüftungsbauindustrie in Wien vom 11.8. bekannt:

"1.) Erhöhung der Ist-Gehälter, welche jedenfalls die Teuerung seit den letzten KV-Verhandlungen abgilt.
Festlegung eines Mindestbetrages, welcher bis zu einem Brutto-Gehalt von S 10.000,- wirksam ist.
Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestgrundgehälter, Lehrlingsentschädigungen sowie der Aufwandsentschädigungen um das 1,5 fache der Ist-Gehalts-Erhöhung.
2.) Schillingmäßige Angleichung der letzten drei Biennien an die ersten sechs bzw. das erste in der Verwendungsgruppe
3.) Beseitigung der 10%-Ausnahmeregelung beim Biennalsprung.
4.) Aliquotierung der Abfertigung. Abfertigungsanspruch auch bei Selbstkündigung.
5.) Erhöhung des Urlaubsanspruches durch Ersetzen des gesetzlichen Begriffes "Werktag" durch "Arbeitstag".
6.) Anrechnung der Lehrzeit auf alle Ansprüche, die sich nach der Dauer der Dienstzeit richten.
7.) Regelung der Ortsmontage für alle Fachgruppen.
8.) Anrechnung des Karenzurlaubes als Verwendungsgruppenjahre.
9.) Für Außendienstmitarbeiter ist das 13. und 14. Gehalt in der Höhe des Fixums, mindestens jedoch in Höhe des kollektivvertraglichen Mindestgrundgehaltes zu zahlen.
10.) Umwandlung der Empfehlung bezüglich Jubiläumsgelder in eine zwingende Norm.

(Der Wertheim-Angestelltenbetriebsrat gehört diesem Fachgruppenverband an)



LOHNRUNDE UND WIRTSCHAFTSLAGE

Die Lohn- und Gehaltsrunde für Metallarbeiter und Industrieangestellte im Herbst fällt in eine Zeit, in der sich allen Anzeichen nach bereits ein neuer Kriseneinbruch der kapitalistischen Wirtschaft anbahnt. Der schwache und brüchige Aufschwung nach der Krise 1975 nähert sich allem Anschein nach wieder seinem Ende. Viel spricht dafür, daß die bevorstehende Krise der von 1975 kaum nachstehen wird. Hier wollen wir uns jedoch nur mit einigen Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Bedingungen für die bevorstehenden Lohnauseinandersetzungen beschäftigen.

Von Kapitalistenseite her ist man gewohnt, in jeder Konjunkturlage die Forderung nach Lohnverzicht zu hören. Nach der Krise ist es der aufkeimende Konjunkturaufschwung, der nicht gefährdet werden darf. Im Aufschwung wiederum ist Lohnverzicht notwendig, um kein Abreissen dieser Entwicklung und kein Absaken in eine neue Krise zu provozieren. Geht es bereits wieder bergab, ist Lohnverzicht erst recht notwendig, um die Wirtschaft nicht vollends zu ruinieren. Lohnverzicht ist demzufolge immer notwendig, egal wie die Konjunkturlage gerade ist. Anders wird man's von Kapital und Regierung nie hören.

Tatsächlich ist schon daraus ersichtlich, daß die Löhne weder für Aufschwung, noch für Abschwung und Krise der kapitalistischen Wirtschaft verantwortlich sind. Krisen treten nicht wegen zu hoher Löhne ein. Sie treten ein, wenn die Massen des in der Produktion angelegten Kapitals in Widerspruch geraten zu den Absatzmöglichkeiten für die Produkte bei entsprechender Profitrate. Dieser Widerspruch führt zwangsläufig in einigen Jahren immer wieder zur Krise. Die Krise selbst muß ihn wieder für einige Zeit lösen, indem große Kapitalmassen vernichtet, Konkurrenz ausgemerzt, Fabriken geschlossen werden und damit wieder Platz geschaffen wird für neue Expansion und vorübergehendes Steigen der Profite. Auch die niedrigsten Hungerlöhne können an dieser Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus nichts ändern. Allerdings werden gerade die Krisen für besonders scharfe Lohndrückerei benutzt und wirkt der Konjunkturverlauf sich sehr wohl auf die Bedingungen für die Auseinandersetzung um die Löhne aus.

Im Wirtschaftsaufschwung ist es für die Arbeiterklasse in der Regel leichter, Lohnsteigerungen durchzusetzen, teilweise und vorübergehend sogar über ihren Wert. Denn im Aufschwung verstärkt sich gerade die Konkurrenz unter den Kapitalisten um die Arbeitskräfte, was der Arbeiterklasse günstigere Bedingungen schafft. Abschwung und Krise wiederum verschärfen vor allem die Konkurrenz unter den Arbeitern und anderen Lohnabhängigen, die Bedingungen für den Lohnkampf sind ungünstiger, meist kann nicht mehr als das Halten der Reallöhne angestrebt werden. Unmöglich ist der Lohnkampf und die Verteidigung der Reallöhne aber auch in der Krise nicht. So bewirkt etwa die besonders scharfe Konkurrenz unter den Kapitalisten in der Krise um jeden Auftrag und die harten Lieferbedingungen bei diesen Aufträgen, daß das Kapital unter bestimmten Voraussetzungen gerade in der Krise besonders unter Druck gesetzt werden kann, vorausgesetzt, die Arbeitslosen können nicht gegen die in Arbeit Stehenden eingesetzt und ausgespielt werden.

Die bevorstehende Lohnrunde wird allen Anzeichen nach gerade in eine Periode des Übergangs zur Krise fallen. Noch ist die Konjunktur aber nicht schlecht, die Auftragsbücher sind im allgemeinen voll (siehe unser Schaubild). Für das heurige Jahr wird allgemein im Industriebereich noch mit hohen Umsatzsteigerungen gerechnet. Nach Jahren äußerst flauer Investitionstätigkeit in der Industrie ist heuer ein richtiger Investitionsboom ausgebrochen. Viel von diesen Investitionsgütern wird zwar importiert, aber auch der österreichischen Investitionsgüterindustrie verschafft das viele Aufträge und zögert den Kriseneinbruch noch etwas hinaus.

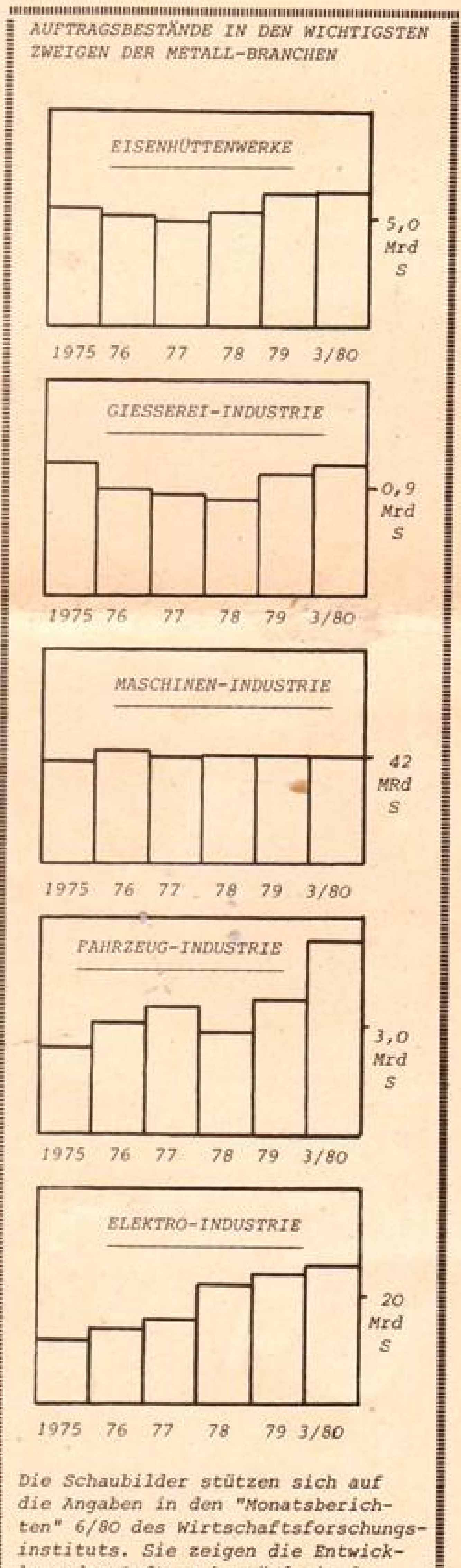
Diese Situation kann und muß für die anstehende Aufgabe genutzt werden, die Nettoreallöhne und -gehälter im September zu verteidigen, ehe der Kriseneinbruch die Bedingungen dafür nachhaltig verschlechtert.

Eine bedeutende Rolle in diesem Zusammenhang spielt der Bereich der verstaatlichten Industrie und hier wieder vor allem die VOEST-Alpine mit ihren über 40.000 Arbeitern und Angestellten. Sie rechnet heuer mit einer Umsatzsteigerung um über 10% bei relativ hohen Verkaufspreisen und will damit nach drei Jahren abnehmender Bilanz-Verluste wieder "schwarze Zahlen schreiben", d.h. auch offiziell wieder Gewinne machen. Profitabel war für sie schon das vorige Jahr, die ersten fünf Monate des heurigen Jahres waren ein glänzendes Geschäft. Im Juni hieß es noch, das dritte Quartal werde nun wohl schwächer werden (wegen der Krise in der Autoindustrie und der Sommer-Sperre der deutschen Autofabriken), das vierte Quartal werde aber wieder profitabel genug werden. Jetzt vor und in der Lohnrunde werden sie natürlich nur mehr mit den schwachen Ergebnissen des dritten Quartals hausieren gehen und von der Krise jammern. Ein Argument für Lohnverzicht ist das noch lange nicht.

Ein zweistelliges Umsatzwachstum erwartet heuer laut "Monatsberichte" 7/80 des Wirtschaftsforschungsinstitutes auch die Elektroindustrie, desgleichen die Gießereien und die technische Verarbeitung. Wenn es also auch um den einen oder anderen Betrieb der Metallbranchen schlechter bestellt sein kann: Im allgemeinen ist die wirtschaftliche Lage der Metallbranchen durchaus noch gut. Das ist auch an der Zahl der Arbeitslosen und der offenen Stellen im Metallbereich ablesbar: Im Mai waren offiziell 2.960 Metallarbeiter und Elektriker als arbeitslos registriert, um 1.332 weniger als im Mai 1979. Die Zahl der offenen Stellen im Metallbereich hat sich stark erhöht und lag bedeutend über der Zahl der Arbeitslosen.

Diese an sich günstigen Bedingungen für die Verteidigung der Netto-Reallöhne und -gehälter im September wollen nun aber auch genutzt werden. Was heute unter diesen Bedingungen nicht erreicht wird, wird umso schwerer zu erreichen sein, wenn die Krise erst einmal eingetreten ist.

(GSt)



Die Schaubilder stützen sich auf die Angaben in den "Monatsberichten" 6/80 des Wirtschaftsforschungsinstituts. Sie zeigen die Entwicklung der Auftragsbestände in den wichtigsten Zweigen des Metallbereichs. Neuere Zahlen als vom März 80 gibt es noch nicht, doch hat sich die Lage noch nicht wesentlich verschlechtert. (Laut MBe.)

Fortsetzung von Seite 1

gebaut wie etwa das Wiener AKH, das bereits ein Vierfaches der Zwentendorf-Investitionen verschlungen hat.

Denn während bei den meisten Projekten das Volk ohnehin nichts mitzureden hat, ist in der Zwentendorf-Frage eben die "Panne" passiert, daß die Entscheidund darüber vom Volk getroffen worden ist. Und das hat bekanntlich 'Nein' zum Atomkraftwerk gesagt. Auf Grundlage dieser

Boykottiert die beiden AKW - Volksbegehren

Entscheidung wäre ein Umbau von Zwentendorf in ein kalorisches Kraftwerk durchaus im Bereich der Entscheidungsmöglichkeiten der Kraftwerksgesellschaften und der Regierung. Warum hat sie diese Entscheidung - oder auch die Abwrackung von Zwentendorf - nicht schon längst getroffen? Ist es wirklich so, daß die Anti-AKW-Bewegung ein Volksbegehren zum Umbau von Zwentendorf braucht, um diese Entscheidung herbeizuführen? Ist der Umbau von Zwentendorf in ein Gaskraftwerk wirklich das, was die Anti-AKW-Bewegung will?

Immerhin gibt es einige Überlegungen, die gegen den Umbau in ein Gaskraftwerk sprechen. Etwa die, daß es überhaupt nicht besonders sinnvoll ist, zentrale Anlagen in der Größenordnung von 1000 Megawatt zu errichten, weil Übertragungsverluste, Nebeneinrichtungen, die Gefahr von großflächigen Netzzusammenbrüchen usw. dezentralen Anlagen den Vorzug gäben. Zu berücksichtigen ist jedenfalls auch die höhere Abhängigkeit von der Sowjetunion, die ja das entsprechende Gas liefern müßte. Aber selbst wenn man der Auffassung wäre, daß der Umbau Zwentendorfs die beste technische und wirtschaftliche Lösung wäre, warum sollte sich die Anti-AKW-Bewegung dafür stark machen? "Damit überhaupt etwas geschieht"?

Wir meinen, daß das, was tatsächlich mit einem derartigen Volksbegehren geschieht, auf die politische Spaltung der Anti-AKW-Bewegung hinausläuft.

Sollten die beiden Volksbegehren Anfang November in der Öffentlichkeit so dargestellt werden können, als würden sie Gegensätzliches wollen, wird eine große Zahl von Politikern und Zeitungen den Ausgang hochstilisieren und als eine Bestätigung der bereits vielfach lancierten Meinungsumfragen ausgeben, die besagen, daß heute bereits eine Mehrheit für Zwentendorf zu finden ist. Diese Rechnung wird allerdings nicht vollständig aufgehen, weil sich wesentliche Teile der Anti-AKW-Bewegung, etwa die IÖAG, von dem Umbau-Volksbegehren distanzieren werden. Aber eine gewisse Unterschriftenzahl wird das Umbau-Volksbegehren bekommen. Und dann besteht die große Gefahr, daß es den Meinungsmachern gelingt, die Sache so darzustellen, daß es halt AKW-Befürworter gibt und AKW-Gegner und solche, die für den Umbau von Zwentendorf sind. Letztere kommen sowohl aus dem Lager der Befürworter wie aus dem Lager der Gegner, aber es sei eine ernst zu nehmende Gruppe. Daher müsse man dieser Entwicklung Rechnung tragen und bei einer neuerlichen Volksabstimmung, die für Anfang März 1981 ja schon geplant ist, dem Volk drei Fragestellungen vorlegen:

1. Sind Sie für die Inbetriebnahme des AKW ?
2. Sind Sie für den Umbau des AKW Zwentendorf ? und
3. Sind Sie gegen die Inbetriebnahme Zwentendorfs?

Bei einer solchen dreigeteilten Fragestellung - nach schwedischem Modell - würden sich natürlich die AKW-Gegner am stärksten aufteilen und in der relativen Minderheit bleiben; auch in Schweden hatten die beiden Linien, die gegen einen weiteren Ausbau des Atomkraftwerksprogramms waren, zusammen mehr als die Hälfte aller Stimmen. Trotzdem konnte die Linie für den weiteren Ausbau des AKW-Programms sich mit einer relativen Mehrheit durchsetzen. Daß diese Gefahr wirklich vorhanden ist, haben schon viele AKW-Gegner und -Gruppen eingesehen.

Die Sache wurde auch mit der Frau Dr. Schmitz auf der AKW-Gegner-Konferenz im Juni in Linz diskutiert. Nach einer stundenlangen Debatte, in der verschiedenste Leute versucht hatten, ihr die Sache von mehreren Seiten her klarzumachen, haben wir sie gefragt, ob sie zumindest bereit sei, sich in ihrer Vorgangsweise von den Beschlüssen der AKW-Gegner-Konferenz - auf der immerhin fast 50 Gruppen vertreten waren - leiten zu lassen, bzw. sich daran zu halten. Ihre Antwort: "Ich werde mich an überhaupt keine Beschlüsse einer solchen Konferenz halten sondern das Volksbegehren durchziehen. Ich habe 6500 Vorausunterschriften im Büro und die restlichen 3500 wurden mir schon telefonisch angekündigt."

Da stellt sich natürlich schon die Frage, warum sie sich nicht vorher mit den Anti-AKW-Gruppen berät und ihre Vorgangsweise danach ausrichtet, so wie es Prof. Tollmann ja auch getan hat, als er meinte, er müßte für die Bundespräsidentenwahlen kandidieren. In der weiteren Diskussion mit Frau Dr.Schmitz sind ihre Motive dann schon etwas klarer herausgekommen.

Frau Dr.Schmitz ist kooptiertes Mitglied der ÖVP-Bundesparteileitung und stimmt ihre Vorgangsweise eben eher mit diesem Gremium ab. Sicherlich ist allen bürgerlichen Parteien, der SPÖ genauso wie der ÖVP, die Tatsache, daß sie heute über eine so wichtige Frage wie die Inbetriebnahme von Zwentendorf nicht im Rahmen der parlamentarischen Verhandlungen entscheiden können, ein Gruel. Nichts wäre ihnen lieber, als die Sache so schnell wie möglich wieder in den parlamentarischen Spielraum zurückzubringen. Vor allem der ÖVP muß daran gelegen sein, weil sie dann ja zweifellos in einer stärkeren Verhandlungsposition wäre. Sie könnte für eine Zustimmung zur Inbetriebnahme von Zwentendorf in anderen Fragen wahrscheinlich wichtige Zugeständnisse von der SPÖ erhandeln. Kuhhandel? Es wäre nicht der erste.

Es steht also stark zu vermuten, daß die Frau Dr.Schmitz genau weiß, daß ihre Vorgangsweise auf eine Spaltung der AKW-Gegner hinausläuft, und mit einem neuen Volksabstimmungsergebnis, das wesentlich zu Ungunsten der Gegner ausgehen könnte (wenn es durch - sagen wir - zwei- oder dreihunderttausend Unterschriften für ein Umbau-Volksbegehren gegenüber 500 000 Unterschriften für das Pro-Zwentendorf-Volksbegehren vorbereitet würde), die Entscheidung über die Zwentendorf-Frage wieder dem Volk entzogen und dem Parlament zugespielt würde. Denn der Ausgang einer Volksabstimmung mit einem mehrheitlichen "Ja" bedeutet ja noch nicht die Inbetriebnahme von Zwentendorf, genauso wie das "Nein" nicht die Abwrackung bedeutet hat, sondern dann wird das Parlament in Aktion treten und das Atomsperrgesetz aufheben müssen. Nachdem dies ein Zwei-Drittel-Gesetz ist, braucht man dazu die Zustimmung der ÖVP.

Eine genauere Betrachtung des zweiten Volksbegehrens bringt einen daher zur Überzeugung, daß es sich überhaupt nicht um eine Nebenaktion eines Teils der AKW-Gegner handelt, ja nicht einmal eine Aktion ist, die <u>auch</u> gegen Zwentendorf als Atomkraftwerk ist; im Gegenteil: Diese Spaltungslinie kann nur bezwecken, den AKW-Gegnern eine Niederlage zuzufügen.

Das sind die Gründe, warum wir beide Volksbegehren bekämpfen werden.

f.f.

Fortsetzung von Seite 6

Metallarbeiter-Lohnrunde

Zu 3.)

o Wille selbst berichtete am Gewerkschaftstag Metall-Bergbau-Energie (4.-7.5.1980 in Wien), daß eine Arbeitsgruppe der Gewerkschaft sich mit den Problemen der Schwer-, Nacht- und Akkordarbeit beschäftigt habe und zu dem Vorschlag gekommen sei, die Belastungen durch <u>Zusatzurlaube abzumindern</u> (Nachtschichtarbeiter jährlich 2 Wochen, Akkordarbeiter 1 Woche und besonders schwer belastete Arbeiter ebenfalls 1 Woche. Diese Zusatzurlaube könnten sich auch akkumulieren: ein Akkordarbeiter, der in der Nachtschicht unter besonders erschwerenden Umständen arbeitet, sollte demnach einen Anspruch auf jährlich vier Wochen Zusatzurlaub bekommen).

Wir halten eine solche Forderung - solange sie nicht spalterisch eingesetzt bzw. damit nicht allen Beschäftigten in diesen Branchen ein Lohnverzicht von entsprechenden Prozentpunkten "solidarisch" aufoktruiert wird - für richtig. Sollte sie in der vom Gewerkschaftstag vorgeschlagenen Form durchgesetzt werden, wäre das ein unterstützender Faktor

- einerseits für eine zukünftige und notwendige Forderung nach dem Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit (ausser in technisch notwendigen Fällen unter der Kontrolle des Betriebsrates), bzw. der gleichzeitigen Reduzierung der täglichen Arbeitszeit in solchen Fällen,
- andererseits für die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit überhaupt.

So wie Wille seine "Forderung" formuliert hat ist zu fürchten, daß anstelle eines echten Zusatzurlaubes höchstens "oder anderes" herauskommen kann, z.B. Freischichten, die einen solchen Urlaub "auffressen".

-usb-

PINOCHETS KÜRASSIERE

Ausschließlich die hohe persönliche Gesinnung seines Kanzlers hat Österreich vor einer großen Schande bewahrt: sie hat die Lieferung von 100 Jagdpanzern und knapp 500 Maschinenpistolen und -gewehren an die Junta Chiles verhindert. Vor zwei Jahren hätte derselbe Kanzler gegen den Export desselben Gerätes an Argentinien keinerlei Bedenken. Daher liegt der Schluß nahe, daß scharfe Reaktionen der Bevölkerung auf solche Waffengeschäfte der Meinungsbildung des Kanzlers kräftig nachhelfen.

Der Unterschied in der Behandlung der Exportansuchen an die Bundesregierung nach Argentinien und Chile durch die Steyr-Daimler-Puch AG kann jedenfalls nicht aus Differenzen in der inneren oder äußeren Politik dieser beiden Staaten erklärt werden. Die Regierungen Argentiniens als auch Chiles sind reaktionäre Diktaturen und Knechte der USA.

Daß die SPÖ-Regierung dem Steyr-Daimler-Puch Konzern einen derartigen Auftrag *(vielleicht nur vorläufig!)* streicht, weist auf ihre schwierige ideologische Situation: kreiskys imperialistische Außenpolitik (Chile und Argentinien haben ein gespanntes Verhältnis zueinander) hat nur wenige Bezugspunkte für die sozialdemokratische internationale Solidarität in der 3.Welt gelassen, die um so schonungsbedürftiger geworden sind. Weshalb die ÖVP der Regierung vorwerfen konnte, ihre Parteiinteressen vor die des Staates zu stellen.

Vor diesem Rückzieher allerdings wurde sogar mit der allgegenwärtigen Arbeitsplatzsicherung argumentiert: das ist der Versuch, die Arbeiter vor den Profit des Konzerns und einer imperialistischen Staatspolitik zu spannen, sie aber in Gegensatz zu den Völkern der 3.Welt zu bringen. 1978 (Jahr des Argentinien-Exports) ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen Neutralitätsgefährdung gegen den Kommunistischen Bund, der den Befreiungskampf in Zimbabwe durch eine Geldsammlung für Kriegsgerät unterstützte.

Die Forderung nach der Auflösung (respektive Umstellung) der Waffenindustrie erweist sich hier als Illusion und es steht nur die Frage, in wessen Hände die Waffen gehören. *Alle Waffenexporte sind daher vor der Genehmigung durch die Minister für Inneres und Äußeres pünktlich offenzulegen!*

Die Verteilung der Waffenexporte der österreichischen Industrie ist zunächst prinzipienlos, gewinnorientiert, aber doch politischen Beschränkungen unterworfen:
Österreich liefert an keine Befreiungsbewegungen, scheut sich aber nicht, an Argentinien und Chile zu liefern, obwohl sie Händel miteinander haben;
Österreich liefert nicht, wenn Rußland (!) neutralitätspolitische Bedenken hat (China erhielt deswegen nicht das Stg 77);
und Österreich liefert nicht, *wenn die Bevölkerung es verhindert,* wie jetzt bei Pinochets Kürassieren.

Das AKW im Energiekonzept

Mit dem Sieg in der Volksabstimmung am 5. November 1978 ist die Bewegung gegen Atomkraftwerke, trotz ihrer Absicht weiterzudrängen, eingeschlafen. Die führenden (fortschrittlichen) Kräfte der Bewegung haben nach den erlaubten taktischen Schachzügen anläßlich des Referendums den Anschluß an ihre grundsätzliche Orientierung gegen die imperialistische Energiepolitik nicht mehr gefunden. Es zeigt sich, daß der (Teil-)Erfolg einer unreifen Bewegung sie gefährdet. "Der Sieg in der Volksabstimmung ist auch ein Sieg des Kommunistischen Bundes Österreichs" ("Kommunist" 1/79, S. 28), versuchte unsere Organisation das "Nein" dank der IÖAG (Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner) für sich zu beanspruchen.

Die Vernachlässigung der Bewegung durch die kommunistische Organisation, die Vernachlässigung des Proletariats durch die Initiative begünstigte den spontanen Rückgang der Bewegung nach dem 5. November und ermöglichte eine Kräfteverschiebung, die dem rückständigen Teil der Bewegung die Führung überließ - siehe Volksbegeheren der Elisabeth Schmitz.

Die ersten thermonuklearen Reaktionen, die wirklich Politik gemacht haben, liegen bereits 35 Jahre zurück. Hiroshima und Nagasaki sind Zeugen, daß sich Einsteins $m.c^2$ erstmals im Ringen imperialistischer Mächte offenbart hat. Und gleich ist es heute: Die Atomkraftwerksprogramme der imperialistischen Länder sind Waffen gegen den unterdrückten Teil der Erde. Ihr Zweck ist es, auf dem Rohstoffmarkt (Öl, Gas, Kohle) ein Verhältnis von Käufern zu Verkäufern herbeizuführen, das den Preis der Energieträger weit unter ihren Wert drückt. Die Ausplünderung soll, wo sie politisch nicht gesichert ist, über Marktmechanismen erzwungen werden.

In diesem Punkt sind die Interessen des Imperialismus einheitlich und so verhält er sich auch gegenüber der Dritten Welt. Die Initiativen der Hegemonialmächte fallen auf guten Boden; die Bourgeoisien der Zweiten Welt lassen sich bereitwillig die Hände binden: Internationale Energieagentur (USA), Energielieferungen der UdSSR (als wertvollstes Beispiel der russische Vorschlag des gesamteuropäischen Verbundnetzes, der die gemeinsamen imperialistischen Ziele mit der individuellen Strategie koppelt). Dies erstens;

zweitens hat die Elektronik die Industriestruktur in einer Höherentwicklung der Produktionsmethoden stark verändert. Die Ablösung der Arbeitsmaschine durch den Automaten setzt an die Stelle der Transmission (Bewegungenergie) die elektrische Energie (die Wortverwandtschaft zur Elektronik ist verräterisch). Dem genügen die alten Methoden der Stromerzeugung nach der Quanität wie nach der Stellung, die diese Energieform im Produktionsprozeß nun einnimmt, nicht mehr. Die Atomkraftwerke sind die Dampfmaschinen der Automation.

Von diesen beiden Voraussetzungen ist auch das Atomprogramm der österreichischen Regierung bestimmt. Die Konzentration auf Zwentendorf war ein taktischer Rückzug, um - wenn das erste Kraftwerk einmal liefe - das ganze Programm wieder hervorzukramen und also die Bedürfnisse der Bourgeoisie im ganzen Umfang zu befriedigen.

Die Bourgeoisie hat die Rolle der Kernenergie für die Automation benutzt, um das Proletariat für ihren Fortschritt entlang der schnöden Ideologie zu vergattern, daß die Entwicklung der Produktivkraft mit den Lebensbedingungen der arbeitenden Klassen direkt verbandelt sei. Folglich mußten die Gegner des Atomprogramms als versponnene Reaktionäre erscheinen.

In der gleichen Absicht wurde die OPEC als Kartell bösartigerÖlscheichs dargestellt mit der besonders niederträchtigen Methode, durch die fremdartige (und rückständige) arabische Kultur im Volk Ablehnung und Unsympathie zu erzeugen.

Jedoch: "Die kapitalistische Produktion entwickelt... nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter." (Karl Marx, Das Kapital, Bd. 1, IV. Abschnitt) Aus dieser Tatsache bezieht die Bewegung gegen Atomkraftwerke ihre Berechtigung und der Vorwurf der Maschinenstürmerei ist entkräftet.

Die Erde, den Umweltschutz hat die Bewegung in ihren Kampf eingebunden, nur halb aber den Arbeiter. Die Wirkungen des Atomkraftwerkes auf die Bevölkerung sind nicht nur radioaktive Abstrahlung und Unfallgefahr. Für das Proletariat sind die Erzeuger der Atomkraftwerke, die Automaten, die Indikatoren der rollenden Welle neuer Degradierung und materiellen Elends, weil es sie nach seiner Stellung in Produktion und Gesellschaft als die eigentumslose und unterdrückte Klasse nicht beherrscht.

Der Leitstern ihrer Entwicklung ist der Profit.

Lahe
Wien/23.8.198o

Im folgenden Beitrag versucht ein Angestellten-Betriebsratsmitglied aus einem Mittelbetrieb der Metallindustrie seine Erfahrungen im "Kampf um die Gewerkschaften" auf betrieblicher und innergewerkschaftlicher Ebene darzustellen und Bezug auf die Linzer VOEST-Angestellten-Initiative zu nehmen. Beide Dinge spielen sich im Rahmen der GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten ab) und daher hat das Problem des Verhältnisses Arbeiter : Angestellte einen besonderen Stellenwert.

ZUM KAMPF UM DIE GEWERKSCHAFTEN UND SEINE BEDINGUNGEN

Wir Kommunisten propagieren, daß es in der Hand der Arbeiter und Angestellten liege, ob es gelingt, z.B. in Zusammenhang mit bevorstehenden Kollektivvertragsverhandlungen, die Löhne und Gehälter zu verteidigen oder nicht. Wir propagieren den Kampf um Lohn und Arbeiterschutzrechte mit dem Hinweis auf die Stärke der Lohnarbeiter - wenn sie einig und selbständig sind, d.h. vor allem, daß sie ihre Interessen keineswegs denen des Kapitals unterordnen. Das ist richtig. Aber wie ist diese Einigkeit und Selbständigkeit zu erreichen, welche Hindernisse müssen überwunden werden? Wie können wir verhindern, daß der Kampf um den Lohn ein Selbstzweck bleibt und sich nicht auf das Ziel der Beseitigung des Lohnsystems selbst richtet?

DIE SPALTUNG DER LOHNABHÄNGIGEN DURCH QUALIFIKATION, GESCHLECHT UND ALTER SOWIE VERSCHIEDENE LOHNSYSTEME UND ARBEITSRECHTLICHE BESTIMMUNGEN

Als erstes springt ins Auge, daß die Arbeiterklasse objektiv in Arbeiter und Angestellte gespalten ist. Darüber hinaus innerhalb dieser beiden Gruppen weiter in Frauen, Männer und Jugendliche einerseits, sowie in qualifizierte und Hilfsarbeiter andererseits. Das erste Problem - die Spaltung in Arbeiter und Angestellte - wird auf drei Ebenen gelöst werden müssen: auf der betrieblichen Ebene durch echte Zusammenarbeit dieser beiden Gruppen, d.h. einmal Zusammenarbeit beider Betriebsratskörperschaften (wenn getrennte Betriebsräte gewählt wurden) bzw. bewußtes Angehen dieses Problems innerhalb eines gemeinsamen Betriebsratsorganes. Beides wird in den meisten Fällen aber nur durch den entsprechenden Druck von "unten" passieren, welcher auch nur eintreten wird, wenn zumindest einige klassenbewußte Arbeiter und Angestellte über dieses Problem Klarheit unter ihren Kollegen schaffen können.

Die zweite Ebene ist die überbetriebliche Organisation. Hier geht es um die Durchsetzung des Industriegruppenprinzips in den Gewerkschaften und darüber hinaus - auf der dritten Ebene - um die Erkämpfung der arbeitsrechtlichen Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten sowie um die Beseitigung des öffentlichen Dienstrechtes. Die gößte Schwierigkeit dabei ist, die Angestellten von der Richtigkeit dieses Weges zu überzeugen. Bewußtmachen müssen wir hier vor allem, daß es nicht um den Abbau bestimmter "Privilegien" der Angestellten geht, sondern um die Vereinheitlichung beider Gruppen zumindest auf dem höchsten erreichten Stand. Erschwerend ist dabei besonders, daß die Führung der GPA (Gewerkschaft der Privatangestellten) selbst nicht bereit ist, ihre Gewerkschaft aufzulösen und Funktionärsposten aufzugeben und alles daran setzt, z.B. ab heuer im Herbst mit einer geplanten großangelegten Diskussion über innergewerkschaftliche Demokratie, ihre Mitglieder gegen das von der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie geforderte Industriegruppenprinzip hinter sich zu vergattern. Dabei nützt sie den unter den Angestellten weit verbreiteten Glauben aus, daß jeder individuell mehr für sich persönlich herausholen kann. Daß sich die Angestellten aber mit dieser Methode, die ganz den Absichten der Kapitalisten entspricht, gegen einander ausspielen lassen (z.B. wissen besonders in den Mittelbetrieben die Kollegen kaum, was der andere verdient und jeder glaubt, er steht sowieso ganz gut da), wird vielen nicht bewußt.

Was die Spaltung in Angestellte, Fach- und Hilfsarbeiter betrifft, so wird ihre Überwindung letztlich nur mit Hilfe eines demokratischen Volksbildungswesens, mit dem Durchsetzen einer polytechnischen Einheitsschule unter der Kontrolle des Volkes - unter Führung der Arbeiterklasse - anzugehen sein. Auf die reformistischen Vorschläge bzw. die entsprechende Praxis der SPÖ und ihrer Gewerkschaftsfraktion bezüglich der Hebung des Qualifikationsniveaus z.B. auf dem "zweiten Bildungsweg", bezüglich Aktionen wie "Mehr Frauen in die Metallberufe" usw. wollen wir hier nicht näher eingehen; außer, daß wir meinen, daß dadurch nichts Wesentliches geändert wird. Gesagt sei hier nur, daß wir die Forderung nach Auflösung (versteckter) Frauen- und Jugendlohngruppen propagieren und unterstützen und auch für die Verringerung der verbleibenden Lohngruppen selbst (Auflösung bestimmter Unterlohngruppen z.B.) eintreten. Denn die gezielte Aufspaltung der Lohnabhängigen durch das Kapital (einmal abgesehen von ganz anderen Möglichkeiten, wie den Einsatz einer vom Kapital erzeugten "Reservearmee" von Arbeitslosen) ist eines der größten Hindernisse zur Herstellung der Einheit einer Belegschaft genauso wie der Arbeiterklasse insgesamt. Nicht nur in Zeiten eines konjunkturellen Abschwunges oder der Krise wird die Konkurrenz unter den Arbeitern objektiv gefördert, sondern zu jeder Zeit durch ihre diffizile Aufsplitterung mit Hilfe unzähliger Lohngruppen. Dieser Aufsplitterung in einem bestimmten Ausmaß entgegenzuwirken entsprechen die vorerwähnten Forderungen.

Darüber hinaus gilt es, auch bei allen anderen Forderungen, die in Betrieben spontan auftauchen oder von uns initiiert werden, darauf zu achten, daß sie so gestellt werden, um den Großteil der Belegschaft hinter ihnen vereinigen zu können, d.h. Spaltungslinien möglichst zu umgehen und positiv die Bedeutung einer Forderung hinsichtlich Einigkeit und Selbständigkeit herauszuarbeiten. Als Beispiel sei hier auf unsere Forderung nach einem ausreichenden Mindestbetrag bei Lohnrunden hingewiesen.

DER KAMPF UM DIE GEWERKSCHAFTEN

Das größte Hindernis bei all diesen Fragen ist aber die Tatsache, daß aufgrund vor allem des jahrzehntelangen Einflusses der Sozialdemokratie das Klassenbewußtsein der Lohnabhängigen Österreichs kein hohes Niveau hat, höchstens im reformistischen Sinn. Daher ist es nicht verwunderlich, daß es so wenig Widerstand gegen die undemokratischen innergewerkschaftlichen Verhältnisse auf allen Ebenen und gegen die Praxis der meisten Gewerkschaftsfunktionäre gibt.

Es ist eine Tatsache, daß das Statut des ÖGB dem Zweck einer Gewerkschaft nicht entspricht. Es klammert praktisch jede direkte Einflußnahme der Gewerkschaftsmitglieder aus: Das höchste Organ des ÖGB ist der Bundeskongreß, die Delegierten sind von den Gewerkschaftsvorständen bzw. vom Bundesvorstand selbst bestimmt und wählen wiederum den Bundesvorstand; Anträge an den Bundeskongreß können nur von den Vorständen der einzelnen Gewerkschaften eingebracht werden (abgesehen von den beiden zugelassen "Initiativ-Anträgen" der Frauen- und Jugendabteilungen im ÖGB). Das Organisations"leben" ist total verbürokratisiert. Die untersten Organe sind die Betriebsräte. Betriebsgruppen (alle Gewerkschaftsmitglieder eines Betriebes) - wie sie z.B. noch im Statut der GPA vorgesehen sind und die der Betriebsrat zu bilden hätte - existieren praktisch nicht. Betriebsrätekonferenzen haben nur beratende Funktion. Darüber hinaus kann mit Hilfe des Statuts jeder klassenkämpferisch auftretende Funktionär sofort mit dem Ausschluß bedroht werden ("Totalitarismus"-Paragraph).

Die einzige Möglichkeit für die Mitglieder, überhaupt Einfluß auf die Politik der Gewerkschaftsführung zu erlangen, ist die indirekte über die Betriebsräte. Diese wiederum stellt heutzutage zum Großteil die sozialistische Fraktion. Um also Einfluß auf die Betriebsräte nehmen zu können, ist es notwendig, von unten auf sie einzuwirken sowie daran zu arbeiten, daß klassenbewußte und kämpferische Kollegen - unabhängig von den Fraktionen - selbst für den Betriebsrat kandidieren. Es geht also einerseits darum, in den Betrieben klassenkämpferische gewerkschaftliche Gruppen aufzubauen, andererseits - und damit im Zusammenhang - "Funktionen" zu erreichen. Daraus ergeben sich für die gewerkschaftlichen Betriebsgruppen meiner Meinung nach die folgenden Aufgaben:

1.) Das Bewußtsein der Kollegen im Hinblick auf eine klassenkämpferische Gewerkschaftspolitik zu entwickeln und sich selbst dadurch auszudehnen.

2.) Funktionäre zu "gebären", die sich in ihren Entscheidungen auf die Belegschaft - mit Hilfe der Betriebsgruppe - stützen; d.h. nicht nur zu informieren, sondern in jeder Frage die nun ihm offenstehende Möglichkeit von Diskussionen mit einzelnen Kollegen und Versammlungen zu benützen, um sich der Unterstützung der Belegschaft gegenüber höheren Gewerkschaftsorganen genauso wie gegenüber der Firmenleitung zu vergewissern (bzw. sie überhaupt zu erlangen). So, wobei gleichzeitig das Bewußtsein geschaffen wird, daß für die Belegschaft untragbar gewordene Ver-

Fortsetzung auf Seite 11

ČSSR 68-80



BESETZUNG

Erster großer Auftritt der SU als sozialimperialistische Supermacht

Als im August 1968 eine Einheit sowjetischer Soldaten den Prager Präsidentenpalast umstellte, hatte man ihnen gesagt, die Deutschen hätten die CSSR überfallen. Als die Soldaten von den tschechischen Arbeitern erfuhren, daß im Gebäude nicht die Deutschen, sondern Präsident Swoboda sitzt, erschoß sich der Kommandant der Einheit, als sie den Befehl zum Sturmangriff erhielt.

Zu solchen Mitteln mußten die Sozialimperialisten greifen, denn es war den eigenen Völkern und den Völkern ihrer "sozialistischen Bruderstaaten" diese Art von brüderlicher Hilfe schwer zu erklären.

Der sowjetische Einmarsch 1968 war ein Einmarsch gegen die tschechoslowakische Arbeiterbewegung und gegen die Bestrebungen eines bedeutenden Teils der Parteibourgeoisie der revisionistisch entarteten KPTsch, sich von der übermächtigen Abhängigkeit und Hörigkeit gegenüber der SU zu lösen. Die Arbeiter bewegung hat in dieser Zeit vor allem in der Gewerkschaftsbewegung einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die Arbeiter verlangten Rechte, die ihnen mit der Verfassungsreform 1960 genommen wurden. Hatten gemäß der Verfassung von 1948 die Arbeiter noch das Streikrecht, die Betriebsorgane der Gewerkschaft einigen Einfluß und Kontrollmöglichkeiten, so mußten diese Errungenschaften 1960 den bürokratischen Maßnahmen der neuen Parteibourgeoisie weichen. Wichtige Funktionen wurden nicht mehr durch Wahlen vergeben, sondern durch die Partei von oben besetzt. Die Rechte der Arbeiter in den Betrieben wurden zurückgedrängt, und Gewerkschafter, die sich für die Arbeiter einsetzten, gemaßregelt.
Doch trotzdem gelang es nicht, die Gewerkschaften zu reinen Staatsorganen zu machen. Und 1968 entwickelte sich die Bewegung der Arbeiter ganz besonders, nahm offenere Formen an. Diese Widersprüche spiegelten sich auch in der Partei wider und führten dazu, daß sich ein Reformflügel herausbildete.



Obwohl seine Führer mit ihrem Programm der Beseitigung des Bürokratismus, der Förderung der Initiative der Betriebe und der Demokratisierung andere Ziele verfolgten als die Arbeiter, ermöglichte der Reformkurs diesen, sich besser für ihre Interessen einsetzen zu können. Andererseits tolerierten die Reformer die Bewegungen der Arbeiter, brauchten sie doch eine Massenbasis für ihre sich nach dem westlichen Kapitalismus orientierenden Vorstellungen. Denn daß die Russen das nicht so ohne weiteres hinnehmen würden, war ihnen klar.

Den Sowjets war natürlich weder der Aufschwung der Arbeiterbewegung und ihr Kampf um ihre Klassenrechte und um Demokratie recht, noch der Kurs der Reformer in der Führung der KPTsch. Da es voraussehbar war, daß die CSSR jedenfalls nicht mehr nach ihrer Pfeife tanzen wollte, schickten sie ihre Panzer. Ihren Völkern mußten die Führer der KPdSU und ihre Vas allen im Ostblock natürlich eine Bedrohung von außen an die Wand malen, so als ob ohne Invasion in den nächsten Stunden die Deutschen oder die Amis einmarschier

Mit der Invasion in der CSSR im August 1968 machte es die Sowjetunion erstmals aller Welt klar, daß aus dem ersten sozialistischen Staat eine aggressive, imperialistische Supermacht geworden war, die zwar noch immer den Anspruch erhebt, "sozialistisch" zu sein, mit dem Sozialismus, der Herrschaft der Arbeiter und Bauern aber absolut nichts mehr gemein hat. Inzwischen hat die SU weitere und noch unverschämtere Aggressionsakte gegen fremde Staaten gesetzt oder von ihren Vasallen Kuba oder Vietnam setzen lassen. Konnte sie 1968 noch behaupten, der Einmarsch sei zum Schutze des "sozialistischen Lagers" notwendig gewesen, so konnte sie das bei Angola, Eritrea, Kampuchea oder Afghanistan längst niemandem mehr ernsthaft glaubhaft machen. Vielen Staaten und Kräften in der Welt, die 1968 meinten, der Überfall auf die CSSR sei eine Ausnahme gewesen, ist inzwischen klar geworden, daß die SU nach der Beherrschung der Welt strebt, daß sie einen neuen Krieg vorbereitet und daß von ihr heute die Hauptbedrohung für den Frieden ausgeht.

Zum Kampf um die Gewerkschaften

Fortsetzung von Seite 10

treter nicht mehr gewählt werden abwählbar sind sie ja nicht), wird es möglich werden, für gewerkschaftliche Demokratie und gegen den Fraktions"zwang" kämpfen zu können und Einfluß auf die ÖGB-Politik im Sinne der Arbeiter und Angestellten zu nehmen. Wie notwendig das ist, zeigt uns unter anderem die "sozialpartnerschaftliche" Lohnpolitik der Gewerkschaftsführung und - am Beispiel der Initiative der Voest-Angestellten in Linz - wie es ihr gelingt, ihre Fraktionsbetriebsräte gegen solche Initiativen einzusetzen: Der Vorstand der GPA-Sektion Industrie und Gewerbe selbst forderte Ende Juli die Angestellten-Betriebsräte auf, hinsichtlich der bevorstehenden Kollektivvertragsverhandlungen "Beratungen über die inhaltliche Präzisierung aller Forderungen im August vorzunehmen. Die Stellungnahmen sollen bis Anfang September in die Zentrale übermittelt werden. Der Sektionsvorstand wird sich in der ersten Septemberhälfte mit allen eingelangten Vorschlägen beschäftigen und die endgültigen Forderungen beschließen." Der Sektionsvorstand ersuchte weiters die Betriebsräte, "die Angestellten in geeigneter Form zu informieren". Offenbar aber widerspricht so etwas (so eine Aufforderung erging auch bereits im Vorjahr) den Auffassungen des Angestellten-Betriebsrates der Werkes Linz der Voest-Alpine, ist er doch der Meinung, daß sich die Belegschaft nicht um die Kollektivvertragsverhandlungen zu kümmern braucht und wie weit man (Firmenleitung) schon gesunken sei, wenn sie das trotzdem tut.

Problematisch ist das mit den Vorschlägen in gewisser Weise schon, ist es doch bekannt, was mit ihnen dann wirklich passiert. Voriges Jahr wurden die eingelangten Vorschläge vom Verhandlungskomitee der Industrieangestellten eine(!) Stunde vor Verhandlungsbeginn "durchdiskutiert". Ihr Einfluß auf die gleich darauf vorgebrachte Forderung wird dementsprechend gewesen sein. Das zu ändern, ist langwierig; auch wenn ein Funktionär in Betriebsrätesitzungen der Fachgruppe versuchen kann zu kontrollieren, welche Vorschläge eingelangt sind, so kann er doch z.B. mit Hinweisen auf die "geringe Bedeutung" seines Betriebes (in bezug auf den gewerkschaftlichen Organisationsgrad - obwohl die Gewerkschaft für alle Lohnabhängigen, egal ob sie Gewerkschaftsmitglieder sind oder nicht, abschließt) abgewimmelt werden. Ist er sich aber sicher, daß die Belegschaft hinter ihm steht, und sein "Vorschlag" eben nicht nur mehr ein solcher ist, sondern eine Forderung geworden ist, dann - noch dazu, wenn es etliche andere Betriebsräte wie ihn gibt -, dann kann es sich z.B. ein Verhandlungskomitee oder ein Sektionsvorstand nicht mehr so leicht machen. Und das gilt für alle Fragen.

Beharrliche Arbeit an der Basis tut also not. Dabei auch alle legalen Möglichkeiten (abgesehen einmal vom Kampf gegen die betriebsrätliche Arbeit einschränkende Bestimmungen im Arbeitsverfassungsgesetz) zu wissen und zu nutzen ist wichtig, um sich nicht sofort von Kündigungsdrohungen und ähnlichen Maßnahmen beeinträchtigen zu lassen. Denn über den (wahrscheinlich schwierigen und langwierigen) Weg des Aufbaus von gewerkschaftlichen Betriebsgruppen durch Genossen und klassenbewußte Kollegen kann der Kampf um die Einheit und Selbständigkeit der Arbeiterklasse gewonnen werden.

INTERNATIONALES



STRATEGISCHER WENDEPUNKT IN KAMPUCHEA

Vom 2.-6.Juni hat der Ministerrat der Regierung des Demokratischen Kampuchea eine Sitzung abgehalten, in der er die Lage im Widerstandskrieg besprach und Festlegungen für den weiteren Kampf gegen die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren traf. Aus dem Kommuniqué, das in der Folge der Sitzung veröffentlicht wurde, drucken wir Auszüge ab:

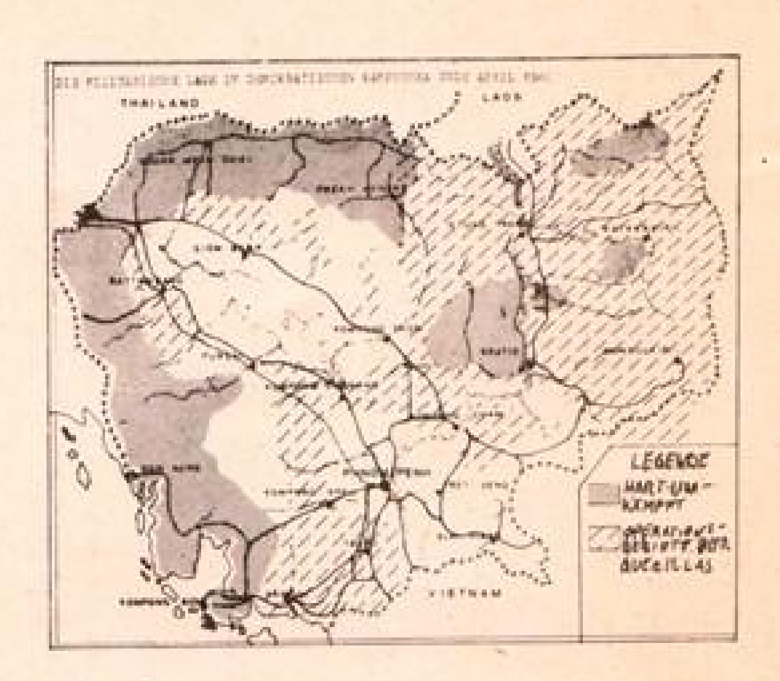
.....2. Der Ministerrat nahm zur Kenntnis, daß das herausragende Ereignis seit Beginn des Jahres 1980 die ausgezeichnete ntwicklung des Volkskrieges unter Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea und der Patriotischen und Demokratischen Front der Großen Nationalen Eintracht von Kampuchea auf allen Gebieten, dem militärischen und politischen wie auch dem diplomatischen Gebiet,ist.

3. Auf dem militärischen Gebiet erreicht der Kampf des Volkes, der Guerillas und der Nationalen Armee nach den aufeinanderfolgenden Niederlagen der drei Feldzüge des vietnamesischen Feindes während der Trockenperiode zu Beginn der Regenzeit 1980 einen strategischen Wendepunkt. Man kann sagen, daß die Zeiten, zu denen der vietnamesische Feind große Angriffe wie 1979 durchführen konnte, der Vergangenheit angehören. Die vietnamesische Le-Duan-Clique ist nicht mehr in der Lage, das Demokratische Kampuchea militärisch zu besiegen. Mit der Le-Duan-Clique ging es ständig bergab. Ihre 24 Divisionen und 14 selbständige Regimenter sind in den Guerillakampf der kampucheanischen Armee, der Guerillas und des Volkes verwickelt. Auf einigen Schlachtfeldern sind die Guerillas und die Kämpfer der nationalen Armee des Demokratischen Kampuchea bereits in der Lage, die vietnamesischen Truppen, auch wenn sie als Batillone oder Regimenter auftreten, zu zermürben und schließlich zu vernichten.....Einige Desertationen haben den Umfang von militärischen Einheiten angenommen. Einheimische Krankheiten wie die Malaria, die hier in der gefährlichsten Form auftritt schwächen die Reihen des Feindes. Die Versorgung mit Lebensmitteln verschlechtert sich......
Die Schlachtfelder und Aktivitäten der kampucheanischen Guerillas sind über das ganze Land verteilt. Zu Beginn der Regenzeit betrugen die regulären Guerillaeinheiten des Demokratischen Kampuchea 60.000 Kämpfer, und die Guerillaeinheiten der Dörfer und Gemeinden an die 50.000 Kämpfer. Gleichzeitig verbessern sie qualitativ ihre Kampftaktik......
4. ......Die vietnamesischen Besatzer hatten keinen Erfolg in der Einsetzung einer Marionettenarmee und Verwaltung. In der Zeitspanne von nur einem Jahr waren sie in den von ihnen zeitweilig kontrollierten Gebieten gezwungen, die örtlichen Komitees, die zwangsweise eingerichtet wurden, aufzulösen und zu ersetzen, bis jetzt insgesamt dreimal. In dieser Situation müssen sie alles selber erledigen, auf militärischem Gebiet, in der Verwaltung und auf anderen Gebieten. Die Verwaltung in Phnom Penh ist eine durch und durch vietnamesische Verwaltung. Heng Samrin ist nichts als der Schatten der vietnamesischen Aggressionstruppen.........

5. Während der letzten 17 Monate wurde folgendes durch die vietnamesischen Angriffstruppen zerstört: Die wirtschaftliche Infrastruktur, alle Wasserwege und Wasserwerke, kleine und große Anpflanzungen, 70 bis 80% des Viehbestandes, das gesamte Saatgut etc. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung ausgeplündert, beraubt und an der Produktion gehindert. Dort, wo die Bevölkerung Erfolge im Anbau erzielen konnte, hat der Feind durch wiederholte Zerstörungsaktionen und Verminung der Felder die Ernte verhindert. Das kampucheanische Volk wird zur Zeit von einer Hungersnot bedroht wie nie zuvor in seiner Geschichte. Diese fürchterliche Hungersnot ist nicht die gewöhnliche Auswirkung des Aggressionskrieges, die allgemein geglaubt wird. Sie wurde systematisch als Waffe des Völkermordes der vietnamesischen Le-Duan-Clique herbeigeführt und dient der Durchführung ihrer verbrecherischen Politik der Ausrottung der kampucheanischen Nation.



7...... Der jetzige Kampf des Volkes und der Regierung des Demokratischen Kampuchea ist ein Kampf, der geführt wird für ein unabhängiges, vereinigtes, demokratisches, friedliches, neutrales und blockfreies Kampuchea, in dem kein ausländischer Militärstützpunkt existieren wird. Dieser Kampf findet statt in einem globalen Zusammenhang, wo strategische Änderungen und Kräfteverschiebungen in der Welt stattgefunden haben, auf der einen Seite die Kräfte der Expansion und Aggression, auf der anderen die der nationalen Unabhängigkeit und des Friedens......
Die Frieden und Gerechtigkeit liebenden Länder in der Welt haben sehr deutlich die strategische Bedeutung des Demokratischen Kampuchea im Kampf gegen den Expansionismus erkannt....Dies wurde unter anderem bezeugt durch die aufeinanderfolgenden Abstimmungen bei der 34. UN-Generalversammlung: Mit zwei Drittel Mehrheit für die Beibehaltung des Sitzes des Demokratischen Kampuchea, einer fast neun Zehntel Mehrheit für die Annahme der Resolution 34/22 am 14.November 1979, worin gefordert wurde, daß die Hanoier Behörden all ihre Truppen aus Kampuchea zurückziehen sollen. Die Organisation der internationalen Konferenzen zur Mobilisierung humanitärer Hilfe für das kampucheanische Volk ist ein weiteres Beispiel solcher Unterstützung. In der letzten Zeit haben die ASEAN-Staaten zusammen mit den EG-Ländern, Regierungen von Ländern, die Frieden und Gerechtigkeit shcätzen, politische Parteien, Massenorganisationen und den Völkern von fünf Erdteilen den Akt der Expansion und Aggression der von den Hanoier Behörden ausgeht, verurteilt, keine weitere Hilfe mehr an sie geschickt und gefordert, daß entsprechend der UN-Resolution alle ihre Truppen aus Kampuchea zurückgezogen werden sollen.......



8. Der Ministerrat hat auch festgestellt, daß beim Beginn der jetzigen Regenezit die vietnameische Le-Duan-Clique in Kampuchea festgefahren ist daß sie zunehmende Schwierigkeiten sowohl äm eigenen Land als auch auf internationalem Gebiet gegenübersteht. Insbesondere ist in Vietnam von der Quang-Binh-Provinz bis zum Toek Khmau(Camau) Kap zunehmende Unsicherheit zu verzeichnen. Zur Zeit kämpft die Bevölkerung in vier Huptregionen:
- in den Hochlandprovinzen, geführt durch die Dega-Fulro,
- im Mekong-Delta, das an die Provinz Takeo angrenzt
- in der Region Hue
- in der Region Saigon.......

9.....
10. Zur Lösung des Kampuchea-Problems erinnert der Ministerrat die nationale und die internationale Öffentlichkeit an die Vorschläge, die die Regierung des Demokratischen Kampuchea bereits häufig geäußert und und veröffentlicht hat:
- erstens Hanoi muß, in Übereinstimmung mit der UN-Resolution 34/22, alle Truppen aus Kampuchea abziehen............
- zweitens nach vollständigem Abzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea wird das kampucheanische Volk selbst seine nationale Regierung durch allgemeine, freie, direkte und geheime Wahl unter direkter Aufsicht des UN-Generalsekretärs oder seines Vertreters wählen.....
- drittens was Vietnam und das vietnamesiche Volk betrifft hegen die Regierung und das Volk Kampucheas keinen Haß oder Groll; sie verlangen auch keine Entschädigung, vorausgesetzt, die vietnamesischen Truppen ziehen sich vollständig aus Kampuchea zurück.........

11.....
12...... Der Ministerrat ist überzeugt, daß alle Frieden und Gerechtigkeit liebenden Länder weiterhin und noch stärker als zuvor die Prinzipien der UN-Charta sowie die Regeln internationaler Beziehungen verteidigen, indem sie den gegenwärtig stattfindenden Kampf des kampucheanischen Volkes mit entschlossener Hilfe unterstützen, sodaß in Kampuchea die nationale Unabhängigkeit und das Recht des Volkes, selbst über sein Schicksal zu entscheiden, siegt, und daß Frieden, Stabilität und Sicherheit in Südostasien, Asien, dem Pazifik und der Welt gefestigt werden.

Demokratisches Kampuchea
7.Juni 1980
Amt des Ministerpräsidenten

POLEN - SONDERTEIL

Jacek Kuron:

ZUERST DIE SELBSTVERWALTUNG STÄRKEN

"Jacek Kuron, Anhänger eines 'demokratischen Sozialismus', ist einer der Gründer des KOR, Komitee zur sozialen Selbstverteidigung, welches darum kämpft, einem 'verkalkten' Regime die wichtigsten Freiheiten abzuringen." ("Le Monde", 19.8.1980) Bereits 1964 wurde er verurteilt, weil er zusammen mit Karol Modzelewski gewagt hatte, innerhalb der polnischen KP ein Dokument zu verbreiten, welches die Korruption des Regimes aufdeckte, eines Regimes, das die Versprechungen von 1956 kaum erfüllt hatte. In einem noch vor den Streiks in Gdańsk (Danzig) geschriebenen Artikel (d.h. also auch noch vor der Bildung des überbetrieblichen Streikomitees) analysiert er die möglichen Grenzen der Arbeiterbewegung sowie jene der Behörden und definiert er die Zukunftspläne der demokratischen Opposition.

Eine Streikwelle brandet über Polen. Von einem Tag auf den anderen sind wir in eine Kurve geschleudert, die wir vielleicht nicht nehmen werden. Was sind die Besonderheiten dieser Situation? Was kann das Regime unternehmen? Was die Opposition?

Zum vierten Mal in der jüngeren Geschichte Polens zeigen sich die Arbeiter dazu fähig, das Entscheidungsmonopol von Partei und Staat zu zerschlagen. Jedoch ist es das erste Mal, daß es weder Straßendemonstrationen noch Schlägereien mit Polizei oder Armee, noch Brandlegung an Lokalen von Parteikomitees gibt. Die Arbeiter formulieren ihre Forderungen, ein Streik folgt auf den anderen. Diese Art von Protest scheint der vom KOR herausgegebenen Parole zu entsprechen: "Bildet Komitees, anstatt sie anzuzünden". In seiner Erklärung vom 2. Juli rief das KOR die Arbeiter auf, sich in den Fabriken zu organisieren und alle solchen Aktionen zu vermeiden, die ein Eingreifen des Regimes erleichtern würden. Jedoch auch diese Kampfform beinhaltet eine Menge Nachteile. Die Forderungen, welche jede der streikenden Belegschaften formuliert, bleiben gezwungenermaßen örtlich beschränkt auf das jeweilige Unternehmen. Brachten die früheren großen Aktionen der Arbeiter die Wünsche der ganzen Gesellschaft zum Ausdruck, so geht es bei der gegenwärtigen Bewegung nur um die Arbeiter. Darüber hinaus kommt es vor allem den stärksten zugute, d.h. den besser bezahlten: Die WSK-Metallarbeiter, deren Löhne 6-7.000 Zloty betragen, erreichen eine Erhöhung um 1.000 Zloty, während die Textilarbeiterinnen von Zyradow, die ca. 3.000 im Monat verdienen, nur 120 mehr bekamen. Dazu kommt noch, daß die Erhöhungen nur eine beschleunigte Inflation bewirken, die vor allem die weniger Wohlhabenden trifft - angefangen bei den Pensionisten. Weiters, nicht alle Streiks werden zustimmend aufgenommen: als das Stationspersonal in einem Lubliner Spital streikte, war das für viele Leute ein Skandal. Aber was können die unterbezahlten Frauen machen? Ihre Stellung aufgeben?

Die Wirtschaft des Landes ist in Auflösung. Nur eine gewaltige Anstrengung aller, begleitet von tiefgreifenden Reformen, kann sie retten. Das Steigen der Fleischpreise und parallel dazu die Erhöhung der Produktionsnormen in der Maschinenindustrie war für die gegenwärtige Bewegung das Signal. Der tatsächliche Grund für diese Streikwelle liegt jedoch im offensichtlichen wirtschaftlichen Bankrott und im fehlenden Vertrauen in die Fähigkeit des Regimes, für wirksame Abhilfe zu sorgen. Aufgrund der bitteren Erfahrungen der Vergangenheit wagt es das Regime nicht, die Streiks mit Gewalt zu ersticken, noch die Streikenden anzugreifen. Daraus könnte man schließen, daß das Mittel des Streiks nicht unbedingt ein großes Risiko darstellt. Jedoch im Herbst, wenn die Lohnerhöhungen von der Inflation aufgefressen und die Versprechungen hinsichtlich einer besseren Fleischversorgung nicht eingehalten worden sind, werden die Streiks, selbst wenn sie jetzt beendet würden, einen neuen Aufschwung nehmen. Die Wut der Arbeiter wird größer sein, und - wenn dies noch möglich ist - noch größer ihr Mißtrauen gegenüber dem Regime. Dieses wird der Entwicklung noch ohnmächtiger gegenüber stehen. Und mit größerer Wahrscheinlichkeit als heute wird eine der Parteien die Geduld verlieren.

Sicher, dies kann noch in diesem Sommer eintreten, oder es kann sich auch bis in den Winter hinziehen: soziale Prozesse lassen sich nicht mit der Stoppuhr in der Hand vorherbestimmen.

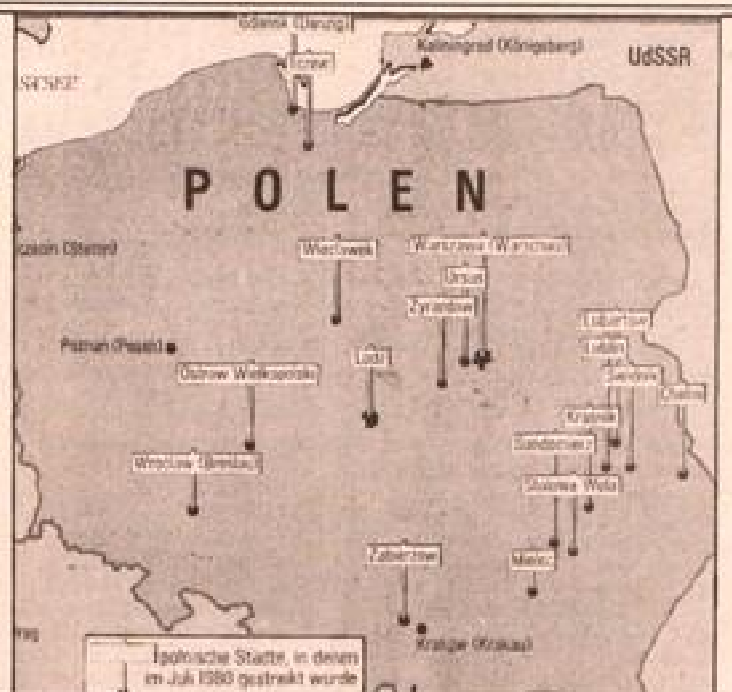
Man darf daraus nicht schließen, daß ich gegen die Streiks sei. Als Mitglied des Komitees zur sozialen Selbstverteidigung war ich an der Abfassung von Erklärungen beteiligt, die unsere völlige Solidarität mit den Streikenden zum Ausdruck brachten. Streiks sind notwendig. Nur so werden die Arbeiter zur sozialen Kraft. Die Tatsache selbst, daß eine Gruppe von Arbeitern Forderungen stellt und Besprechungen abhält, wenn auch ohne Streikkomitee, stellt eine Lektion für gemeinsames Handeln dar, einen ersten Schritt in Richtung unabhängige Gewerkschaften. Es hat Streikkomitees in mehreren großen Werken gegeben und einige in kleineren. Drei Abteilungen der Maschinenfabrik in Ursus und eine Blinden-Arbeitskooperative in Lublin haben Arbeiterkommissionen gewählt, die als ständige Einrichtungen beibehalten werden sollen. Das Streikkomitee der Eisenbahnarbeiter von Lublin setzt seine Arbeiten fort und bereitet Wahlen für einen neuen Betriebsrat vor; der Streik ist indessen beendet.

Die Forderungen der Streikenden beschränken sich auf den jeweiligen Ort, weil auch die Streiks örtlich sind und die Struktur der oppositionellen Arbeiterkreise sehr schwach ist. Das verhindert jedoch nicht das Auftreten politischer Forderungen. Sie können Konsequenzen für die gesamte Gesellschaft haben. Beinahe alle Streikenden verlangen schriftliche Garantien auf Straffreiheit: vom Gesichtspunkt einer entstehenden Arbeiterbewegung ist dies eine Form des Kampfes um das Streikrecht. Im Prinzip verlangen alle streikenden Gruppen in der Region Lublin und einige in anderen Regionen eine Erhöhung der Familienbeihilfen auf das Niveau von Sicherheitskräften und Polizei, welches vier- bis fünfmal so hoch ist. Eine derartige Forderung überschreitet die lokalen Grenzen: Sie zielt auf eine Änderung der Sozialpolitik ab und greift jene Privilegien an, auf denen sich das ganze System begründet. Die Arbeiter des Stahlwerkes Stalowa Wola verlangen die Rückerstattung ihrer Gewerkschaftsbeiträge. Die Eisenbahner von Lublin proklamieren die Auflösung des Betriebsrates und fordern Neuwahlen (diese müßten am 19. August stattfinden).

Fortsetzung auf Seite 14



Lech Waleca





Lenin-Werft in Gdansk (Danzig)

POLEN - SONDERTEIL

Fortsetzung von Seite 13

Jacek Kuron: Zuerst die Selbstverwaltung stärken

Man sieht, mit den Streiks entsteht der Organisationsprozeß der Arbeiter. Solange die Streikwelle anhält, verleiht der Wille zum Streik den Arbeitern eine beachtliche Kraft in unserem politischen Leben.

DIE SCHWÄCHE DES REGIMES

Unsere Regierungen haben lange gebraucht, um den Zustand wahrzuhaben, in den sie die Wirtschaft gebracht haben. Dabei ist es schon lange her, daß die oppositionellen Kreise und einige der wichtigsten Fachleute Alarm geschlagen haben. Nun endlich scheint es, daß die Regierungen die Situation wenigstens zum Teil verstanden haben: Es wurde ein Sparprogramm herausgegeben, wir üblich zu Lasten der Bevölkerung, dessen Realisierung die Rückzahlung der westlichen Kredite ermöglichen sollte und gleichzeitig die Gewährung neuer. Dieses Programm besteht in groben Zügen darin, die Importe radikal zu verringern, was ein erhebliches Sinken der Produktion, Entlassungen, Preissteigerungen und Lohnstopp zur Folge hätte. Der zweite Teil des Programms brach kaum zwei Wochen nach seiner Beschlußfassung durch das Parlament zusammen. Die Regierung gibt nach, was ihr für den Augenblick erlaubt, die Katastrophe zu vertagen. Ihr Handlungsspielraum ist jedoch begrenzt. Sie kann natürlich weiter munter die Notenpresse betätigen, aber bei dieser Art von Lohnerhöhungen kann es passieren, daß die Bevölkerung mit heftigeren Demonstrationen reagiert, die direkt gegen das Regime selbst gerichtet sind. Es verfügt bereits über keinerlei Trümpfe mehr:

1.) Es hat Polen in eine Krise geführt, wo nicht nur jede Verbesserung ausgeschlossen ist, sondern ganz im Gegenteil, die Verschlechterung der Lebensbedingungen unausweichlich scheint;

2.) Es verfügt über keinerlei Autorität. Wir reden hier gar nicht über moralische Autorität. Eine solche haben die kommunistischen Machthaber in Polen, mit Ausnahme Gomulkas von 1956 und 1957, noch nie genossen. Jedoch das gegenwärtige Regime hat sich sogar als Verwaltung blamiert: Niemand hält es mehr für fähig, seine Funktionen zu erfüllen. Die Regierenden selbst scheinen sich dessen bewußt zu sein. Offene Anspielungen auf die Bedrohung durch eine sowjetische Intervention beweisen dies.

3.) Die mittleren und unteren Ebenen des Apparates sind empört über die Unfähigkeit ihrer Vorgesetzten, die Ordnung aufrechtzuerhalten, über ihre Furcht vor den Massen und ihre Unentschlossenheit. Im Geiste der eisernen Faust erzogen, verlangt der Apparat, daß man die Rechnung mit der Gesellschaft begleicht. Es kann schnell eintreten, daß die Leitung, oder wenigstens ein Teil der Leitung, der ständigen Enttäuschungen überdrüssig, den Kopf verliert und seinen Wünschen nachgibt. In welcher Art auch immer sie vorgehen, die Revolte wird dann unvermeidlich und hat eine Tragödie von nationalen Ausmaßen zur Folge. Die Wirtschaftsfachleute, die Soziologen und die Techniker im Nahverhältnis zum "Establishment" verlangen schon seit Jahren tiefgehende wirtschaftliche Reformen, eine Dezentralisierung der Verwaltung und eine Stärkung der Marktmechanismen. Zum gegenwärtigen Stand würde eine solche Reform für zahlreiche soziale Gruppen ein Absinken des Lebensstandards mit sich bringen. Um dem aber zuzustimmen, müßten sie mit der Reform einverstanden sein. Die Technokraten, die sich dieser Bedingung bewußt sind, verlangen eine nationale Diskussion. Eine derartige Diskussion verlangt vorher jedoch einige demokratische Reformen, wie die Meinungsfreiheit und die Organisationsfreiheit, um wenigstens Versammlungen durchzuführen.

Für die führenden Kräfte Polens gibt es kaum einen anderen Weg. Die Polen haben ihre Fähigkeit Opfer zu bringen, wenn sie dies als eine für das Allgemeinwohl notwendige Sache hielten, oft unter Beweis gestellt. Die Regierungen haben ihr Vertrauen jedoch zu oft mißbraucht, sie haben sie zu sehr belogen und zu sehr betrogen. Genau aus diesem Grund befürchten die Regierenden jetzt, daß sie, wenn sie den Weg der Demokratisierung einschlagen, Kräfte freistellen könnten, die sie dann nicht mehr bändigen können. Ohne jeden Zweifel, der zu setzende Schritt ist riskant. Wenn sie es jedoch nicht wagen, können die Folgen - von ihrem Standpunkt aus - noch schwerwiegender sein. Der Tag wird kommen, an dem die Arbeiter sich mit formellen Zugeständnissen nicht mehr zufrieden gegen werden, an diesem Tag ist ein Aufstand in großem Maßstab nicht mehr zu vermeiden.

Wagt das Regime das Risiko einer Demokratisierung? Ich befürchte nein. Seit Volkspolen existiert hat es auf allen Ebenen der Hierarchie nur die Vorsicht zu belohnen gewußt. Alle jene, die irgendein Risiko auf sich genommen haben, eine mutige Entscheidung getroffen haben, alle jene, die sich für ein Programm von gleich welchen Reformen oder für die Ablösung des Regimes durch ein anderes ausgesprochen haben, zogen unausweichlich den kürzeren. Auf dem Abstellgleis drängen sich Revisionisten und Dogmatiker, Liberale und Funktionäre mit der eisernen Faust, Kosmopoliten und Nationalisten. Sich behauptet haben nur jene, die es zustande gebracht haben, nie eine Position zu beziehen, nie eine Entscheidung zu treffen, nie ein Risiko einzugehen.

DIE ROLLE DER OPPOSITION

Ich halte sie nicht für fähig, ein befriedigendes Reformprogramm für die Gesellschaft vorzulegen. Hingegen bin ich überzeugt, daß die Polen selbst gegen den Willen des Regimes die Krise lösen können und den Weg der Demokratisierung einschlagen. Die Opposition muß der Initiator einer solchen Bewegung sein. Wir verfügen über einen bestimmten Einfluß unter den Arbeitern und können diesen ausdehnen, denn sie benötigen Hilfe, Informationen und Vorschläge. Es ist unsere Pflicht dazu beizutragen, daß sich die Arbeiter in unabhängigen institutionellen Gruppen, Arbeiterkommissionen oder Gewerkschaften organisieren, oder dazu, daß sie sich der Staatsgewerkschaften bemächtigen, wie dies die Eisenbahner von Lublin vielleicht bald tun. Es gibt in Polen ein Netz von Werkszeitungen mit schwacher Auflage. Daraus müssen unabhängige Arbeiterzeitungen werden. Wenn sie eine Abgeltung für die Steigerung der Lebenshaltungskosten fordern, sind die Arbeiter gezwungen sich zu organisieren und zu unterhandeln; und die Behörden sind gezwungen nachzugeben; Zur Verteidigung ihrer Position ist es wichtig, die Sache bis zur Zulassung einer nationalen Diskussion über Wirtschaftsfragen weiterzuführen. Ob sie sich nun entscheiden, ein Programm für wirtschaftliche oder für andere Forderungen vorzuschlagen - die demokratischen oppositionellen Kräfte müssen ein Programm als Element eines viel weitreichenderen Demokratisierungsprogrammes vorschlagen. An seiner Ausarbeitung müssen die Bewegungen der Bauern und der unabhängigen Arbeiter teilnehmen, die Gruppen von Fachleuten, die Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse und alle anderen unabhängigen Institutionen. Es erscheint mir klar, daß jede soziale Sanierung beim gegenwärtigen Stand der Dinge Opfer verlangt. Ich widerspreche mir nicht: Der Preis kann nicht durch eine Volksbefragung festgelegt werden. Sich gegen die Preissteigerungen erheben versetzt dem Funktionieren der Wirtschaft einen Schlag, wobei man natürlich zugesteht, daß jemand sanieren will. Vielmehr müssen die Löhne Gegenstand von vorherigen Verhandlungen sein (insbesondere wenn der Lebensstandard sinkt). Die Hauptaufgabe der demokratischen Opposition besteht jedoch darin, wirtschaftliche Forderungen in politische umzuwandeln.

Die Sowjetunion und ihre Armeen bestehen weiter, und wir müssen dies berücksichtigen. Wir können jedoch annehmen, daß die Regierenden der UdSSR sich nicht auf das Abenteuer einlassen werden, militärisch in Polen zu intervenieren, solange die Polen nicht ein gegenüber der UdSSR gefügiges Regime stürzen. Folglich nehmen wir vorderhand davon Abstand. Das gegenwärtige Programm beinhaltet eine demokratische Gesellschaft, die in Berufsverbänden oder Kooperativen unter wirtschaftlicher und lokaler Selbstverwaltung organisiert ist. Wir müssen wohl eine gewisse Zeitlang mit unserem totalitären Staatsapparat und der Partei koexistieren. Er wird alles Mögliche unternehmen, um unsere demokratischen Organisationen zu zerstören: Er wird ihre Entscheidungen sabotieren, ihre Aktivisten kompromittieren und korrumpieren, er arbeitet mit Einschüchterung und Erpressung. Wir müssen uns verteidigen und Stück für Stück von dem Terrain erobern, welches heute vom Apparat besetzt ist. In anderen Worten, die Selbstverwaltungsorgane haben immer umfangreichere Aufgaben zu erfüllen. Wir können ihnen nachkommen, wenn der Wille zum Handeln von seiten der gesamten Gesellschaft vorhanden ist.

Nun, das ist die Wende, an der wir uns befinden. Vielleicht übersteigt sie unsere Kräfte. Unsere Zeit ist mehr als knapp. Wenn die Polen sich nicht organisieren und bei den rein ökonomischen Forderungen stehenbleiben, kann eine Katastrophe unausbleiblich werden.

(eigene Übersetzung aus "Le Monde", 2o.8.198o)

POLEN - SONDERTEIL

Wir geben hier eine kurze Zusammenstellung der uns bekannten Oppositionsgruppen in Polen. Nicht berücksichtigt sind dabei Gruppierungen in der herrschenden PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei), wie etwa der Klub "Erfahrung und Fortschritt", der im Herbst 1978 gegründet wurde. Der offene Widerspruch zu den Interessen der polnischen Arbeiter und Bauern, in den die PVAP mit ihrer Unterwürfigkeit unter die Poltik der sowjetischen Supermacht geraten ist, bringt auch innerhalb der Partei Richtungskämpfe, die Forderung nach Wirtschaftsreformen usw. hervor.

Bei der folgenden Zusammenstellung handelt es sich um von der Partei unabhängige Organisationen aus verschiedenen Teilen des polnischen Volkes.

WIE IST DIE OPPOSITIONSBEWEGUNG IN POLEN ORGANISIERT ?

KOR (KOMITEE ZUR VERTEIDIGUNG DER ARBEITER). Das KOR wurde im September 1976 gegründet. Ziel dieses Komitees war, die Unterstützung für die verhafteten Arbeiter der Streiks und Aufstände in Ursus und Radom vom Juni 1976 zu organisieren. Im ersten öffentlichen Aufruf von KOR hieß es: *"Die Opfer der gegenwärtigen Repressalien können auf keinerlei Hilfe oder Schutz von den dazu berufenen Institutionen hoffen, wie zum Beispiel von den Gewerkschaften, deren Rolle kläglich ist. Die Agenten der Sozialhilfe lehnen ebenfalls jegliche Hilfe ab. Unter diesen Umständen muß diese Rolle die Gesellschaft übernehmen, in deren Interesse die Verfolgten gehandelt haben. Die Gesellschaft hat nämlich keine andere Methode, sich vor Gesetzlosigkeit zu schützen, als Solidarität und gegenseitige Hilfe... Unerläßlich ist juristische, finanzielle, ärztliche Hilfe. Ebenso wichtig ist eine volle Information über die Verfolgungen. Wir sind überzeugt, daß nur die öffentliche Darstellung der von den Behörden ergriffenen Maßnahmen eine wirkliche Verteidigung bieten kann... Die gegen die Arbeiter gerichteten Repressalien tasten die Grundrechte des Menschen an, die sowohl im internationalen Recht als auch in der polnischen Gesetzgebung gelten: das Recht auf Arbeit, das Recht zu offenener Bekennung der eigenen Überzeugung, das Recht zur Teilnahme an Versammlungen und Demonstrationen..."* (zitiert nach "Archiv der Gegenwart, 3.4.198o).

Das Komitee, das in erster Linie aus Wissenschaftern, Journalisten, Schriftstellern besteht, benannte sich nach Entlassung der verhafteten Arbeiter bzw. Nachlassen der Repressalien in KSS (Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung) um. Weiterhin sammelt es Informationen über politische, rassische und religiöse Diskriminierung von Polen, über Verletzungen der Menschen- und Bürgerrechte. Opfern bürokratischer Willkür des Staatsapparates gibt das Komitee moralische Unterstützung und Rechtsbeistand.

In einem eigenen Verlag erscheint seit Anfang 1977 die Zeitung "Robotnik" (Arbeiter). Diese Zeitung ist gedacht als Tribüne für die polnische Arbeiterschaft, für den Kampf gegen die Arbeitergesetzgebung und für die Selbständigkeit der Gewerkschaften. Laut "Frankfurter Allgemeiner Zeitung" veröffentlichte "Robotnik" im September 1979 eine von 60 Personen unterzeichnete "Charta der Arbeiterrechte". Die Charta enthält Forderungen nach Teuerungszuschlägen, nach Nivellierung unbegründeter Lohnunterschiede, Beseitigung von Zwangsüberstunden, Abschaffung von Nachtarbeit bei Frauen und eine grundlegende Reform des Arbeitsrechtes. Gefordert wird auch die gesetzliche Garantie des Streikrechtes, öffentliche Grundsätze bei der Vergabe von Prämien, Wohnungen und anderen Gütern, Beseitigung von Privilegien der mit dem Staatsapparat verbundenen Gruppen wie Polizei und Parteifunktionäre. Als Methoden zur Durchsetzung dieser Forderungen werden empfohlen, von den Betriebsräten die Verteidigung der Interessen der Arbeiter zu fordern, unabhängige Organisationsausschüsse zu bilden und kleinere Streiks zu veranstalten. Fernziel ist die Bildung eines Systems unabhängiger Gewerkschaften.

KOR fordert weitgehende politisch-gesellschaftliche Änderungen in Polen, vor allem Freiheit der Organisation für die Arbeiterklasse, unabhängig von Partei und Staatsgewerkschaft. Es vertritt nicht antikommunistische Positionen, sondern stellt seine Forderungen auf sozialistischer Grundlage. Öffentlichkeitssprecher des KOR war bis zu seiner Verhaftung vor zwei Wochen Jacek Kuron.

KONFÖDERATION DES UNABHÄNGIGEN POLEN. Sie gibt - ebenfalls in einem eigenen Verlag - die Zeitschrift "Opinia" heraus. Leiter dieser Gruppe ist der Historiker Leszek Moczulski. In einem "Profil"-Interview formuliert er als Ziel der gegenwärtigen Streikbewegung die Abschaffung der Zensur, und vor allem auch die Möglichkeit, in allen Betrieben unabhängige Betriebsräte einzusetzen. Im Endeffekt soll die Bewegung zu einem Netz unabhängiger Gewerkschaften hinführen.

An grundlegenden gesellschaftspolitischen Vorstellungen nennt Moczulski: "Unser Hauptziel ist ein unabhängiges Polen. Im Gegensatz zu den beiden anderen Oppositionsgruppen (KOR, Opposition innerhalb der PVAP) lehnen wir den Kommunismus kategorisch ab. Kommunismus ist polnischer Tradition, Mentalität und Interessen fremd und feindlich. Die kommunistische Partei Polens als Instrument der sowjetischen Herrschaft wird von uns bekämpft. Wir wollen allerdings unser Ziel nicht gewaltsam mit Hilfe einer Revolution oder eines Aufstandes erreichen, sondern sind für eine 'Revolution ohne Revolution'. Das heißt, wir arbeiten ruhig und stufenweise, um unser Ziel zu erreichen." ("Profil", 18.8.1980)

KOMITEE FREIER GEWERKSCHAFTEN. Dieses Komitee gründete sich an der Ostseeküste im Frühjahr 1978. In seiner ersten Veröffentlichung heißt es: *"Eingedenk der tragischen Ereignisse im Dezember 1970, aufbauend auf den Erwartungen zahlreicher Gruppen und Zentren in der Bevölkerung der Ostseeküste, nehmen wir die schlesische Initiative zur Bildung freier Gewerkschaften auf. Ziel der Freien Gewerkschaften ist es, die Verteidigung der ökonomischen, rechtlichen und humanitären Interessen der Werktätigen zu organisieren. Die Freien Gewerkschaften deklarieren Schutz und Obhut allen Arbeitenden, ohne Unterschied der Überzeugung und Qualifikation."* (zit. nach "Klassenkampf" 17/1978)

KOMITEES FÜR DIE SELBSTVERTEIDIGUNG DER BAUERN. Sie entstanden 1978 in den Bezirken Lublin, Grojec und Rzesow. Das sind weitgehend die Zentren der polnischen Genossenschaftsbewegung. Die Komitees unterstützen die Bauern, die die Zahlung der Zwangsbeiträge zur Verrentung verweigern und verlangen das Recht auf selbständige Vertretung gegenüber den obersten Behörden. Im Frühjahr 1979 haben fünf dieser bäuerlichen Vereinigungen gemeinsam mit städtischen Oppositionsgruppen eine "Bauer-Universität" gegründet. Themen des ersten Seminars dieser Universität waren z.B. "Bauernkultur und Nationalkultur", "Die Erfahrungen der Bauernbewegung zur Selbstverteidigung", "Die Möglichkeit unabhängiger Aktionen im Lichte der internationalen Situation", "Die Geschichte der Gesetzgebung für landwirtschaftliche Kooperativen", "Das Konzept der Landarbeitergewerkschaft in Vergangenheit und Gegenwart" und "Die Verwirklichung der Konventionen über die Menschenrechte in Polen und die Aktivitäten des KOR". ("Süddeutsche Zeitung, 23.2.1979; "Klassenkampf" 17/1979)

Zur Abrundung dieses Bildes weisen wir auch noch auf die Kirche hin, die in der polnischen Arbeiterschaft einen breiten Einfluß hat. So haben etwa die Arbeiter des modernen Stahlwerkes Nova Huda bei Katowice durchgesetzt, daß in ihrer Siedlung eine Kirche mit 6.000 Sitzplätzen errichtet wird. Der Staatsapparat wollte diesen Bau vorerst verhindern. Kardinal Wyszynski trat wiederholt für die Interessen der Werktätigen ein und betont in seinen Predigen immer wieder die Berechtigung der Arbeiter zur Verteidigung ihrer persönlichen und sozialen Rechte. Aber letztlich liegen der Kirche doch die sozialen und politischen Interessen der Arbeiter weniger am Herzen als die persönlichen, die die Kirche bekanntlich lieber auf das ewige Leben im Himmel als auf Freiheit und Demokratie auf Erden ansiedelt. In diesem Sinn bietet die Kirche dem Staatsapparat auch immer Zusammenarbeit an, indem sie "mässigenden Einfluß" auf streikende Arbeiter auszuüben sucht - und sie ließ auch bereits jetzt wieder zur Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden aufrufen. Dafür erhofft sie sich genügend Papier und wenig Zensur für die freie katholische Presse und mehr Genehmigungen für den Bau von Kirchen.

POLEN - SONDERTEIL

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG POLENS DER

INDUSTRIE

Polen ist nicht arm und nicht unterentwickelt. Im Gegenteil - Polen steht heute an 10. Stelle unter den Industrieländern der Welt, an 9. Stelle der Weltstahl- und Zementproduktion, an 10. Stelle der Energie- und an 12. Stelle der PKW-Produktion. Das Problem ist also nicht etwa die rückständige Produktivkraft, die die Versorgung und Ernährung der Bevölkerung besonders erschweren würde. Das Problem ist, daß die Produktivkraft Polens nicht dem Wohlstand und der Entwicklung des eigenen Landes und dem werktätigen polnischen Volk dient.

Nachdem Gierek im Zuge der Arbeiterkämpfe 1970 an die Macht kam, versprach er mit groß angelegten Produktions- und Außenhandelsplänen volle Fleischtöpfe. In der ersten Hälfte der 70er Jahre stiegen die Importe um durchschnittliche Jahresraten von 15,4%, die Anlageinvestitionen sogar um 18,4%. Industrieller Aufbau und Außenhandel wurden von Beginn an im Rahmen des "Integrationsprogrammes" des RGW betrieben. In einem offiziellen Handbuch, "Volksrepublik Polen"/Warschau 1976, liest sich das so: "Zu einer historischen Wende ist die Festlegung des Komplexprogrammes der sozialistischen ökonomischen Integration geworden, das 1971 auf der 15. Ratstagung des RGW beschlossen worden ist. Die Zusammenarbeit der RGW-Länder nimmt solche Formen an wie die Koordination der Volkswirtschaftspläne, Kooperation und Spezialisierung der Produktion, Warenaustausch, wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, Beteiligung am Bau von Wirtschaftsobjekten und gemeinsame Nutzung der Naturreichtümer. Ein Ergebnis der Koordination der Pläne sind die Empfehlungen des RGW hinsichtlich der Spezialisierung (z.B. Ausbau der Werftindustrie in Polen)".

Tatsächlich wurdenseit Giereks Machtantritt in den polnischen Werften an der Ostseeküste mehr Handelsschiffe gebaut als in allen anderen RGW-Ländern zusammen. 1971-1975 waren es jährlich rund 100 Schiffe, darunter auch solche mit mehr als 100.000 BRT. Polens eigene Handelsflotte blieb aber trotzdem rückständig. Der Großteil der Schiffsneubauten mußte exportiert werden. Der "große Bruder" in Moskau reservierte gleich die Hälfte der polnischen Schiffsausfuhr, und das zu Preisen, die weit unter denen beim Export in andere Länder lagen. Die eigenen sowjetischen Werften waren in den 70er Jahren vorwiegend mit dem Bau von Kriegsschiffen ausgelastet. An Fischereifahrzeugen baut Polen rund ein Fünftel der Weltproduktion, die polnische Fischereiflotte selbst steht aber nur an 18. Stelle der Welt und konnte (zumindest bis 1975) den eigenen Fischbedarf nur zu drei Fünfteln decken (vgl. H. Roos, Geschichte der polnischen Nation 1918-1978, Stuttgart 1979, S. 306).

Ein weiterer Aspekt der "Komplexprogramme" des RGW sind die integrierten Roh- und Brennstoffprogramme. Diese funktionieren so, daß wichtige sowjetische Energieprogramme als Angelegenheiten des ganzen RGW behandelt werden, so etwa die Öl-Pipeline "Freundschaft", die Gasleitung "Nordlicht" und "Sojus" und das Energieverbundnetz "Frieden". Wie die internationale Arbeitsteilung funktioniert, zeigt der Bau der Gaspipeline "Sojus". Der gesamte Bau der 2.750 km langen Leitung von Orenburg (Sibirien) bis zur Westgrenze der UdSSR wird von der DDR, Polen, CSSR, Ungarn und Bulgarien durchgeführt. Mit deren Kapital, Ausrüstungen und Arbeitskräften. Die Sowjetunion selbst hat nur die Projektierungsarbeiten durchgeführt. Die Pipeline liefert jährlich 15,5 Mrd. m^3 Gas in die RGW-Länder. Der Sowjetunion ist diese Pipeline ohne eine einzige Kopeke "zugewachsen" in einem gigantischen Ausbeutungsprozeß von Kapital und Arbeitskraft der "Bruderländer". Die Preise, die die RGW-Länder für die Energieimporte aus der Sowjetunion zahlen, liegen zwar heute noch unter den Weltmarktpreisen, bei Öl um ca. 20%. Andererseits nutzt die Sowjetunion aber den Weltmarktpreis, der durch die imperialistischen Konzerne gebildet wird, um auch im RGW die Preise laufend zu erhöhen. 1975 gab es Ölpreiserhöhungen um 85%, 1976 um 28% und 1977 um 25%.

Die polnische Energiewirtschaft selbst

Wirtschaftsbeziehungen Österreich - Polen

Mitte der 70er Jahre setzte ein Exportboom der westeuropäischen Kapitale in die Ostblockstaaten ein. Österreich war in dieser Frage ein Vorreiter der westlichen Wirtschaft. In der letzten Zeit verliert aber der Warenexport in den Osten relativ an Bedeutung. Der Kapitalexport hingegen blüht ungehemmt.

Das Hauptziel der österreichischen Konzerne und Banken bildet dabei Polen. Im Herbst 1975 wurden bedeutende Verträge mit Polen abgeschlossen. So ein Handelsvertrag zwischen Voest und VEW einerseits sowie auf seiten Polens mit dem staatlichen Stahlhandel und Koks- und Kohleexporteuren. Der Vertragswert beträgt 5,3 Mrd. Schilling, die zu beträchtlichen Teilen von österreichischen Banken dem polnischen Staat vorgeschossen worden sind. Importiert werden Kohle, Koksruß sowie Bau- und Qualitätsstähle aus Polen. Der Vertrag läuft bis 1984.

Zur gleichen Zeit wurde ausgehandelt, daß die Steyr-Werke Know How und Schwerlastwagen an Polen liefern. Der Vertragswert beträgt 2,95 Mrd. Auf Grundlage dieses Vertrages wird Polen ein neues Werk für LKW in Wolga (nahe Warszawa/Warschau) sowie einen starken Ausbau des LKW-Werkes Jelcz vornehmen. Die Laufzeit dieses Abkommens beträgt 15 Jahre (bis 1990). Der Vertrag war das bedeutendste Außenhandelsgeschäft seit 1945.

1979 wurden neue Verträge mit Polen anläßlich des Kreisky-Besuches in Warschau vereinbart: 1. Vertrag über polnische Lieferung von 1,2 bis 1,7 Mio. Tonnen Kohle. Der Vertrag läuft ab 1984 und hat eine Laufzeit von 20 Jahren (bis 2004). Die Kohle soll etwa 1,2 Mrd. Dollar kosten. 4,4 Mrd. Schilling davon sollen im voraus als Anzahlung geleistet werden. Diese etwa 300 Mio. Dollar werden nach einem Regierungsbeschluß, der im Herbst vom Parlament abgesegnet werden wird, durch den österreichischen Staat verpfändet. Das Geld stellt ein österreichisches Bankenkonsortium zur Verfügung (Beschluß vom 21.8.).

2. Finanzierung der Errichtung eines 1.000 MV-Großkohlekraftwerkes in Polen. Die daraus gewonnene Energie ist nicht für Polen, sondern für die finanzierenden Länder bestimmt. Österreich sucht zur Finanzierung noch andere westeuropäische Interessenten.

3. Ein zusätzlicher 7 Milliarden-Kredit für Polen, der dem Land den Ankauf von Anlagen und Maschinen ermöglichen soll.

4. Stromlieferungen aus der CSSR, die diese wiederum aus Polen bezieht (400 Mio. kW)

POLEN, DAS HÖCHSTVERSCHULDETE OSTBLOCKLAND

Die Ostblockländer stehen in Österreich mit 60 Mrd. Schilling in der Kreide. Allein die Bankkredite machten 1979 schon 45 Mrd. Schilling aus. Polen allein hat daran einen Anteil von 16,3 Mrd. S an Bankkrediten. Österreich ist somit der drittgrößte Kreditgeber an Ostländer. Das Auffälligste an den Krediten ist, daß ein weit überdurchschnittlicher Anteil an "freien Krediten" (nicht an Importe aus Österreich gebunden) an Polen besteht. Besonders ein 1975 blüht der Kapitalexport in den Osten: Der Prozentsatz an den gesamten West-Forderungen stieg von 1975-1978 von 5,5 auf 8%. Der Warenexport hat zur gleichen Zeit stagniert. Bis 1984 sollen die Kredite an Polen auf 25 Mrd. S aufgestockt werden.

DIENEN DIE KREDITE DEM NATIONALEN UND SOZIALEN SELBSTBESTIMMUNGSRECHT DER POLNISCHEN ARBEITER?

Grob betrachtet liefert Polen an Österreich Energie und bekommt dafür Anlagen. Was passiert mit diesen? Bleiben wir beim Bau der LKW-Werke: Polen ist der neuntgrößte LKW-Produzent der Welt; der 11. Fahrzeugbauer überhaupt. Es ist also nicht anzunehmen, daß Polen die neuen Werke für den Eigenbedarf benötigt. Polen ist die Fahrzeugschmiede des RGW. Die schweren LKW werden direkt oder indirekt an die Sowjetunion weitergeliefert. Polen bezahlt aber diese Werke mit Energielieferungen. Die polnische Wirtschaft leidet hingegen am drückenden Energiemangel. Dieser Mangel wird noch drückender werden, da die Sowjetunion ankündigte, die Erdölexporte nach Polen zumindest einzufrieren wenn nicht gar abzubauen.

Die Lage des polnischen Volkes wird also über solche Kredite keineswegs verbessert. Die zerrüttete polnische Wirtschaft wird dadurch auch keineswegs ihren Weg aus der Krise finden. Ein Ausweg wird erst möglich sein, wenn das polnische Volk die Abhängigkeit von den Russen abschüttelt und die Wirtschaft auf die eigenen Bedürfnisse ausrichtet. Insofern gekommt die Forderung der streikenden Arbeiter Polens eine entscheidende Bedeutung: Exporte ausschließlich aus Überschüssen!

POLEN - SONDERTEIL

UNTER DEM DRUCK DER "BRÜDERLICHEN HILFE" SOZIALIMPERIALISTEN

liegt im argen. Schon im Winter 1976/77 wurden den Familien die Kohlezuteilungen rationiert, und zumindest auch im Winter 1978/79 mangelte es an Heizmaterial. Die Kohleproduktion des Landes, knapp 200 Mio. Tonnen, ging bereits 1976 zu 25% in den Export; der Exportanteil wurde seither noch gesteigert, weil damit die notwendigen Devisen für Importe und Schuldenrückzahlungen ins Land gebracht werden können.

LANDWIRTSCHAFT

Im Industrieland Polen arbeit die Landwirtschaft auf äußerst rückständiger Grundlage. 30% der Bevölkerung leben in Polen noch von der Landwirtschaft. 1977 verfügten die ca. 3,1 Millionen privaten Bauernhöfe über ca. 146 Mio. ha (oder über etwa 76,6%) des landwirtschaftlichen Nutzlandes. Die Zahl der kleinsten Bauernhöfe (unter 2 ha) stieg 1970 bis 1977 von 26,9% aller Wirtschaften auf 30% an. Die mittelbäuerlichen Höfe (zwischen 2 und 10 ha) blieben etwa gleich. Lediglich die Zahl der größeren Höfe stieg von 12,6% im Jahre 1970 auf 13,6% aller im Jahre 1977 gering an. Im Durchschnitt besaß ein privater Bauernhof 1977 nur 4,7 ha, konnte also nach westeuropäischen Begriffen seinen Besitzer nicht ernähren (vgl. H. Ross, a.a.O., S. 309).

Die polnische Landwirtschaft verfügte 1975 über 21.000 Mähdrescher und 6.000 Melkmaschinen. 1977 gab es einen Traktor auf 31 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Wichtigstes Transport- und Zugmittel ist noch immer das Pferd, das seinerseits viel Futter und damit Anbaufläche verbraucht. An diesem Zustand, den schon Gomulka in den 60er Jahren mit dem Ausspruch beklagte, "eines Tages wird noch ganz Polen im Magen der Pferde verschwinden", hat sich bis heute nicht geändert. Kunstdünger wird zugeteilt, und zwar nach der Menge der abgelieferten Bodenfrüchte oder - nach dem Grad der Bestechung.

Die Landwirtschaft ist Stiefkind der staatlichen Investitionspolitik. Bis 1975 fiel angesichts der RGW-Investitionsprojekte kaum etwas für diesen grundlegenden Konsumgüterzweig der Wirtschaft ab. Erst seither stieg der Anteil auf rund 20% der Gesamtinvestitionen. Davon fielen allerdings vier Fünftel auf die staatliche Landwirtschaft, die nur über 18% des nutzbaren Bodens verfügt.

Traditioneller Weise produzierte die polnische Landwirtschaft Überschüsse bei Fleisch, Zucker, Milch, Butter und Eiern. 1975/76 ging der Viehbestand jedoch aufgrund mangelender Futtermittel zurück. Seither tätigt die Regierung massive Getreideimporte, um den Viehbestand aufzustocken. Das Fleisch braucht die Regierung für den devisenbringenden Export; und außerdem - Polen sollte Fleischlielieferant für die Olympischen Spiele in Moskau werden.

Der Niedergang der polnischen Landwirtschaft kann auch an der österreichischen Exportstruktur gegenüber Polen abgelesen werden. Importierte Österreich bis 1975 mehr Lebensmittel als es nach Polen exportierte, hat sich mittlerweile dieses Verhältnis umgekehrt.

Das Problem der unproduktiven landwirtschaftlichen Kleinproduktion versuchte Gierek gar nicht erst durch staatlich unterstützte Kollektivierungs-, Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen zu bewältigen. Die Einzelbetriebe werden statt dessen über ein System langfristiger Lieferverträge mit dem Staat "verbunden". Praktisch heißt das: Konzentration des Bodens, so weit wie die Arbeitskraft einer Familie ihn bearbeiten kann, Vernichtung einer Masse von kleinen Bauern (die oben angeführten Kleinhöfe werden fast ausschließlich nur von Frauen bewirtschaftet, während der Mann zum "Arbeiter-Bauern" verwandelt wird, also zum "Nebenerwerbslandwirt" im österreichischen Jargon des kapitalistischen Bauernlegens).

Seit 1976 wird der Zusammenschluß von mindestens drei Bauern zum Zweck der Produktionsspezialisierung gefördert. Nur wenn sie langfristige Lieferverträge für bestimmte Produkte eingehen und diese auch einhalten, ist die Belieferung mit Investitionsmitteln und Baumaterial einigermaßen gesichert. Die Bauern werden in individuelle Heimarbeiter verwandelt, das ist das Wesen dieser Politik. "Die zeitraubenden Produktionsphasen der Tierzucht werden der individuellen Landwirtschaft übergeben, wo Arbeitskraftreserven bestehen...", kommentiert "Osteuropa" (Wirtschaft), 1977, diese Politik für den Bereich der Ferkelaufzucht.

NEOKOLONIALE ABHÄNGIGKEIT - DISPROPORTIONALITÄT DER VOLKSWIRTSCHAFT, VERSCHULDUNG

Die neokolonialen Beziehungen der Sowjetunion gegenüber Polen haben im Land um 1975/76 zu schwerwiegenden Disproportionalitäten der Volkswirtschaft geführt und haben auch die krasse Verschuldung des Landes infolge der überzogenen Importe von Technologien und Fertigwaren mit sich gebracht.

Im Dezember 1976 postulierte die PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei) unter dem Druck der Streiks eine Änderung der Wirtschaftsstrategie: Umverteilung der Investitionen zugunsten des Konsums, Verminderung der Investitionsrate von damals 28%. Es blieb aber beim Postulat.

Noch im Jänner 1978 weilte der polnische Ministerpräsident Jaroszewicz zu einem vorher nicht angekündigten Arbeitsbesuch in Moskau. Die polnische Parteizeitung "Trybuna Ludu" schrieb damals, daß die Zusammenarbeit im Bereich der Roh- und Brennstoffe, der Versorgung der Produktion mit Materialien sowie Fragen der Zusammenarbeit in der Verarbeitungsindustrie gegenwärtig Gegenstand besonderen Interesses beider Länder seien, vor allem auch im Hinblick auf die von beiden Seiten verfolgte Politik der ständigen Hebung des Lebensstandards. Die "Neue Zürcher Zeitung" kommentierte den Besuch Jaroszewicz' deutlicher: Die in Polen notwendig gewordene drastische Umstellung der Wirtschaftsstrategie zugunsten der Landwirtschaft und der Konsumwaren zu Lasten der Investitionen tangiert das Koordinationskonzept der aktuellen 5-Jahr-Pläne in einem solchen Ausmaß, insbesondere hinsichtlich bisheriger Lieferverpflichtungen an die UdSSR, daß eine Zustimmung vor allem Moskaus zu diesen Plänen unumgänglich ist (vgl. Archiv der Gegenwart, 2./3. Mai 1978).

Nun, die Zustimmung der sozialimperialistischen Oberherren dürfte ausgeblieben sein.

Im März 1979 stimmte dagegen Gierek bei einem Moskau-Besuch einer dritten Phase der Integration Polens in den RGW zu. Es geht dabei um die Beteiligung am Ausbau Sibiriens mit Kapital, Maschinen und Ausrüstung und mit Arbeitskraftkontingenten. Zweifellos binden diese Beteiligungen beträchtliche produktive Kapazitäten Polens und verhindern Umstellungen im Bereich der eigenen Volkswirtschaft.

Die vorhergehende zweite Phase der Integration betraf den Bau eines Riesenstahlwerkes in der Nähe von Katowice, Nova Huda, dessen Produktion nahezu zur Gänze für die UdSSR bestimmt ist. 1976 wurde auch der Bau einer Eisenbahnlinie von diesem Stahlwerk zum sowjetischen Grenzort Hrubieszow beschlossen. Diese Eisenbahnlinie wird in sowjetischer Breitspur-Bauweise errichtet und dient laut dem bilateralen Abkommen "zum Transport von Eisenerz aus der UdSSR nach Polen und von in Polen hergestellten Gütern in die UdSSR".

Wenige Monate später kommentierte die "Neue Zürcher Zeitung" anläßlich des traditionellen Krim-Besuches Giereks bei Breschnew die Gesamtlage der sowjetisch-polnischen Beziehungen so: "Im Ganzen gesehen ist er (Breschnew) mit Gierek besser gefahren als mit seinem Vorgänger Gomulka. So weigerte sich Gomulka z.B., eine breitspurige sowjetische Eisenbahn in Polen zu bauen, Gierek hat aber nach anfänglichen Widerständen dem Moskauer Verlangen zugestimmt. Breschnew ist es auch gelungen, den polnischen Parteichef zu überreden, in Oberschlesien das große Stahlwerk 'Huda Katowice' zu bauen, das hauptsächlich für die sowjetische Rüstung arbeiten soll. Dadurch hat die Wohnbaupolitik Giereks Rückschläge erlitten, Baumaterial und Fachkräfte mußten dorthin dirigiert werden. Gierek hat neuerdings auch dem großen Engagement Polens bei den Entwicklungsprojekten der Sowjetunion diesseits und jenseits vom Ural zugestimmt. Polnische Staatskonzerne wie etwa 'Energopol', das schon früher Öl- und Erdgasleitungen gebaut hat, werden fast ausschließlich für die Sowjetunion arbeiten müssen. Warschau hat sich ferner verpflichtet, an mehreren sowjetischen Investitionsvorhaben mit Geld, Maschinen und Arbeitskräften mitzuwirken. Vieles darüber wird der polnischen Öffentlichkeit verheimlicht..." (zit. nach "Archiv der Gegenwart", 4.8. 1979).

Es steht außer Zweifel, daß keine politische Kraft in Polen wirtschaftliche und soziale Änderungen und Verbesserungen durchführen kann, ohne das Land aus der neokolonialen Abhängigkeit von der sowjetischen Wirtschaftsgemeinschaft zu lösen. Eine Reihe von Forderungen des überbetrieblichen Streikkomitees der Werftarbeiter weisen in diese Richtung. Gleichzeitig brauchen die Arbeiter die geforderten politischen Rechte der Presse- und Organisationsfreiheit, um sich als politische Kraft für Polen zu entwickeln - und das gegen die revisionistische PVAP, die das Land nur noch stärker der sowjetischen Supermacht unterwirft.

POLEN - SONDERTEIL

PRESSEZENSUR IN POLEN

Aus der offiziellen Kurzdarstellung des polnischen Pressewesens in: "Volksrepublik Polen", veröffentlicht im Polnischen Verlag der Wissenschaften, Warschau 1976, soll entnommen werden, daß "Die polnische Presse als ein Ausdruck der breiten öffentlichen Meinung (gilt). Das ist dank einer engen Bindung an die Leser möglich, die durch zahlreiche Treffen, Briefe, die massenweise an die Redaktionen kommen, Umfragen, die von Redaktionen der einzelnen Zeitschriften ausgeschriebenen Wettbewerbe und viele andere Formen der Leserkontakte aufrechterhalten wird." In dieser offiziellen Darstellung fehlt allerdings eine Institution: das "Hauptamt zur Kontrolle von Presse, Publikationen und Aufführungen" (kurz GUKPPiW genannt).

Als am 10. März 1977 Tomasz Stryzowski, ein Mitglied der Krakauer Zensurbehörde, nach Schweden floh, nahm er dabei u.a. ein Original des Richtlinienkataloges dieses Amtes - bestimmt für die rund 400 Mitarbeiter der Zensurbehörden - mit. Das "Komitee zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung" (KSS - KOR) übermittelte diese Unterlagen im November 1977 führenden polnischen Persönlichkeiten. Sie wurden auch von ANEKS, Polish political Quartely, London und in ausführlichen Auszügen vom "Spiegel" veröffentlicht. Im folgenden einige Zitate aus diesen Zensur-Vorschriften, nach Sachgebieten gegliedert.

POLNISCHE BEZIEHUNGEN ZUM AUSLAND:

"Jegliche Nachricht über die Teilnahme israelischer Delegierter an Kongressen, internationalen Konferenzen und anderen Veranstaltungen in Polen muß mit der GUKPPiW-Leitung abgestimmt werden...

Einem Veröffentlichungsverbot unterliegen Nachrichten über einen eventuellen Handelsaustausch mit Rhodesien, mit der Republik Südafrika sowie über sämtliche Kontakte polnischer Institutionen mit der Republik Südafrika... (Anm.: durch spätere Anweisungen auf Südkorea und Taiwan ausgedehnt)

Berichte über die von Polen in kapitalistischen Ländern angekauften Lizenzen sind aus den Massenmedien zu eliminieren... Eine Häufung solcher Informationen könnte beim Durchschnittsleser den Eindruck erwecken, der grundsätzliche Weg zur Modernisierung unserer Wirtschaft sei der Einkauf von Lizenzen in hochentwickelten kapitalistischen Ländern..."

POLEN UND RGW (SOWJETUNION):

"In Nachrichten über den RGW sind kritische Kommentare unzulässig, welche die Zweckmäßigkeit und die Grundsätze der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sozialistischer Länder in Frage stellen, das Vorhandensein von Meinungsverschiedenheiten zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten preisgeben oder eine Kritik an ihnen enthalten...

Zu beseitigen sind aus den Massenmedien kritische Bemerkungen über sowjetische Bohrgeräte, die in Polen bei geologischen Untersuchungen verwendet werden...

Nicht erlaubt ist die Bekanntgabe von Wechselkursen oder Koeffizienten nationaler Währungen der RGW-Länder und Jugoslawiens gegenüber der gemeinsamen Valuta, dem Transfer-Rubel...

(Es) wird empfohlen, für das Helsinki-Dokument (KSZE-Konferenz) Bezeichnungen zu verwenden wie 'Große Friedenscharta' oder 'Friedensverständigung'..."

Über die Initiative Rumäniens, der Gruppe der nicht blockgebundenen Länder zugerechnet zu werden, darf nicht berichtet werden..."

LEBENSMITTELSITUATION, PREISE, VERBRAUCH:

"Eigene Redaktionsberichte, die Verhandlungen über Getreideeinkäufe im Ausland betreffen, sind nicht zu genehmigen...

Jegliche Berichterstattung über die Fleischausfuhr von Polen in die UdSSR ist zu unterbinden. Diese Anweisung ist nur für die Zensoren zur Kenntnisnahme bestimmt...

Ohne Genehmigung des zuständigen Vizepremiers oder des Vorsitzenden der Staatlichen Preiskommission sind Veröffentlichungen - auch in Informationen von PAP (Poln. Presseagentur) - über Preisbewegungen für Marktwaren nicht erlaubt..."

UMWELTSCHUTZ:

"Berichte über den gegenwärtigen Verschmutzungsgrad polnischer Gewässer, die auf tschechoslowakischem Territorium entspringen, oder über die zunehmende Verschmutzung dieser Flüsse, dürfen nicht zur Veröffentlichung freigegeben werden, falls die Verschmutzung durch Wirtschaftstätigkeit auf polnischem Territorium hervorgerufen wird. Erlaubt ist hingegen die Berichterstattung über eine Verschmutzung eben dieser Gewässer, wenn dieselbe durch Wirtschaftstätigkeit auf der Territorium der CSSR verursacht wird..."

ARBEITSSCHUTZ, ARBEITSUNFÄLLE; VOLKSGESUNDHEITSWESEN:

"...zu unterlassen sind... Veröffentlichungen und Informationen über die Gesundheitsgefährdung der Arbeiter, die mit der Herstellung von PVC beschäftigt sind...

Über das Unglück in der Kohlenzeche Katowice, bei dem vier Bergleute umkamen, darf nicht berichtet werden...

Jegliche Berichterstattung über Massenvergiftungen,... besonders gefährliche Erkrankungen (Pocken, Cholera u.ä.), darunter auch der Grippe, darf in den Massenmedien nur mit Genehmigung des Ministeriums für Gesundheit und Soziales ... erfolgen...

Unzulässig ist es, in den Massenmedien über Stand und Wachstum des Alkoholismus Zahlen im Landesmaßstab zu publizieren..."

KULTURELLER BEREICH:

"Nicht zu genehmigen sind Polemiken und Diskussionen im Zusammenhang mit der Schließung des Experimentellen Theaters in Pulawy, in dessen Arbeit ernsthafte Unregelmäßigkeiten festgestellt wurde: u.a. Zusammenarbeit mit dem Klerus, Mißachtung von Zensureinwänden... Der Inhalt dieser Anweisung darf den Redaktionen nicht mitgeteilt werden...

Am 27. Jänner 1977 wird die Premiere des Films 'Tarnfarben' von K. Zanussi stattfinden. Weder vor noch nach der Premiere des Films können irgendwelche Mitteilungen, Nachrichten, Besprechungen über den Film sowie Anzeigen für ihn genehmigt werden..."

MILITÄR:

"Aus allen Massenmedien wie auch aus den nicht periodischen Druckerzeugnissen ist jeder Hinweis auf Änderung der Dienstvorschriften der Armeen sozialistischer Länder nach dem Muster der Armeen kapitalistischer Länder zu beseitigen..."

Bestimmte Informationen dürfen nur in bestimmten Zeitungen erscheinen. Hiebei bevorzugt wird das Parteiorgan "Trybuna Ludu", mitunter auch die Zeitung "Zycie Warszawy". Als besonders zuverlässig und seriös gelten die Zeitungen "Polityka" und "Zycie Gospodarcze". In einer Notiz betreffend diese beiden letzteren heißt es: *"Die Mitarbeiter des GUKPPiW sind bei der Kontrolle dieser Zeitschriften verpflichtet, alle Veröffentlichungen diskussionslos zu beschlagnahmen, die Grundsätze und Direktiven für die Verteidigung von Staatsgeheimnissen verletzen. Bei der Beurteilung von Diskussionsbeiträgen und kontroversen Aussagen sind die Zensoren verpflichtet, ihre Beanstandung den Chefredaktionen mitzuteilen. In der Praxis teilen diese Schriftleitungen unsere Meinung; die nach unserem Verständis umstrittenen Veröffentlichungen werden entweder korrigiert oder entfernt."*

Was nach dem "Verständis" der Zensurbehörden "umstrittene Informationen" sind, geht aus den obigen Zensur-Vorschriften hervor. Lüge und Desinformation beherrschen das öffentliche Leben. Dem polnischen Volk ist dies auch bewußt. Die Forderungen der Streikbewegung zielen deswegen genau auf die Abschaffung aller Zensurbestimmungen ab. Sowohl was die Berichterstattung über die Streiks selbst anbelangt, als auch was das Pressewesen insgesamt betrifft.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, Druck: Kommunistischer Bund Österreichs; für den Inhalt verantwortlich: Kristijan Schellander; alle: 1020 Wien, Krummbaumgasse 1/2.

POLEN - SONDERTEIL

Der antifaschistische Widerstandskampf des polnischen Volkes

Mit barbarischer Unterdrückerherrschaft wollte der Hitlerfaschismus das von ihm eroberte Polen in eine bloße Kolonie von Arbeitssklaven verwandeln. Millionen von polnischen Arbeitern wurden deportiert und in den Rüstungsbetrieben der Faschisten zu Tode geschunden. Die Intelligenz des Landes wurde systematisch liquidiert, in der Absicht, die polnische Nationalkultur vollständig auszulöschen. Die Naturreichtümer und Nahrungsmittelressourcen des Landes wurden für die Kriegswirtschaft der Faschisten rückhaltlos geplündert.
Nie hat sich das polnische Volk dieser faschistischen Terrorherrschaft gebeugt. Mit anfangs zersplitterten Widerstandsgruppen wurden bewaffnete Aktionen gegen die deutschen Besatzer durchgeführt. Es wurden Nachschublinien der Faschisten angegriffen, Stützpunkte der Besatzertruppen überfallen und hohe Verwaltungsoffiziere des "Generalgouvernements" durch Attentate getötet. Unter der politischen Führung der in London gebildeten Exilregierung wurden die polnischen Widerstandsgruppen zur "Armee im Lande" zusammengefaßt, der ungefähr 350 000 Soldaten angehörten. Daneben bauten die polnischen Kommunisten eigene politische und militärische Formationen auf, wobei sie aber auch gemeinsame Kampfaktionen mit der "Armee im Lande" durchführten.
Die bedeutendste Aktion des polnischen Widerstandskampfes war der Warschauer Aufstand vom August 1944. Die Rote Armee war in ihrer Frühjahrsoffensive zügig vorangekommen und hatte die Truppen der Hitlerarmee Ende Juli 1944 bis an den Stadtrand von Warschau zurückgedrängt. Der Aufstand in der Stadt wurde vorbereitet, um dem faschistischen Feind, der das Volk so lange gequält hatte, den letzten Stoß zu versetzen. Auf Veranlassung der Exilregierung in London wurde der Beginn des Aufstandes für den 1. August festgesetzt. Innerhalb von wenigen Tagen hatten die Widerstandskämpfer große Teile der Stadt erobert. Durch geschickte Kampftechnik verstanden sie es, die Waffenüberlegenheit der Faschisten auszugleichen. Mit Barrikaden aus Möbeln, die aus den Fenstern geworfen wurden, wurden die engen Straßen für die Panzerfahrzeuge des Feindes unpassierbar gemacht. Einzelne Panzer wurden durch Schüsse gebündelter Granaten in die Ketten fahruntüchtig geschossen. Die Faschisten konnten nur noch die großen Verbindungsstraßen, die Weichselbrücken und ihre befestigten Kommandozentralen halten.

Es gelang ihnen jedoch, massive militärische Verstärkung heranzuführen und damit die Einheiten der Widerstandskämpfer in den verschiedenen Stadtteilen voneinander zu trennen. Dennoch konnten die Widerstandskämpfer acht Wochen lang ihren Kampf fortsetzen, indem sie die unterirdischen Abwasserkanäle als Verbindungswege benutzten. Nachdem aber ausreichende Nachschublieferungen nicht herbeigeschafft werden konnten, - die stark befestigten Stellungen der Faschisten an den Weichselbrücken konnten von der Roten Armee nicht durchbrochen werden - , wurde der Aufstand durch die Hitlertruppen schließlich niedergeschlagen. Erst mehrere Monate danach, am 17. Januar 1945, gelang es der Roten Armee, die Weichsel zu überschreiten und Warschau zu befreien.

Im folgenden geben wir einen Ausschnitt aus dem Roman "Der Kanal" von Jerzy Stefan Stawinsky wieder, der die Ereignisse des Warschauer Aufstands zum Gegenstand hat.

"Hört, was ich euch sage", begann Zadra. "Es ist noch nicht alles aus. Wir müssen die Dämmerung abwarten, dann gehen wir durch die Kanäle in die Innere Stadt!"
"Alle ?"
"Alle."
"Und wozu ?" warf der Komponist ein.
"Um weiter zu kämpfen", antwortete Zadra mit Nachdruck.
(......)
Zadra durchquerte den Vorraum. Madry folgte ihm, vorsichtig die Füße setzend. In den zwei Räumen, die eine breite, offenstehende fensterlose Glastür trennte, lagen auf dem Fußboden, auf dem Sofa und auf der Couch zwischen Glasscherben, Holzsplittern und abgefallenem Verputz regungslose Gestalten in zerfetzten Kleidern.
"Auf, Burschen", rief Zadra mit gekünstelter Heiterkeit. "Wir haben gute Nachrichten!"
Sie erhoben sich hastig. Es waren an die zwanzig Leute. Sie richteten ihr Verbandszeug. Aus den Gesichtern der Siebzehnjährigen blickten Augen reifer Männer. Nur zwei ältere waren unter ihnen: Sergeant Kula und der Chefsergeant.
"Herr Oberleutnant, ich melde gehorsamst die Kompanie in Ruhestellung", stieß mit zitternder Stimme der blasse Chefsergeant hervor.
"Hören Sie auf damit", versetzte Zadra. Der Spieß verkroch sich in seine Ecke neben der Kredenz. Die Männer, in einer halbkreisförmigen Doppelreihe aufgestellt, blickten Zadra erwartungsvoll und düster an.
"Was soll das sein, Herr Oberleutnant?" fragte Korporal Smukly. "Vielleicht Hilfe? Fallschirmspringer?"
Zadra wartete, bis das Pfeifen eines Geschosses vorüber war. Smukly blickte ihn mit verkniffenen Augen von der Seite an.
"Wir haben nur Zeit bis zur Nacht. ..." sagte Zadra, den Blick auf den Boden gerichtet. "Eine ganze Division geht gegen uns vor. Nur einige Gassen verbleiben uns noch. Wir werden nicht durchhalten können. Wir verlassen Mokotow durch die Kanäle."
Alle senkten den Blick. Der neben der Kredenz postierte Chefsergeant stieß einen Seufzer der Erleichterung aus.
"Heute sind es acht Wochen, seitdem ich mit dieser Maschinenpistole aus dem Haus lief", sagte unvermittelt Smulky, die Pistole fester fassend. "Und ich habe wieder zwanzig blaue Bohnen im Magazin, wie am ersten Tag. Andern ist es schlechter ergangen. Aber jetzt bin ich etwas gescheiter. Und wenn man in diesen letzten paar Stunden noch nachhelfen würde, Herr Oberleutnant? Es ist besser, auf einer Barrikade zu sterben, als hier in dieser Kammer."
"Ich sage euch doch, daß wir durch die Kanäle weggehen", wehrte sich Zadra. "In der Früh werden sie den Ring enger schließen und niemanden vorfinden."

SERIE Geschichte der Arbeiterbewegung österreichs in der 2. Republik

Nachdem wir uns im ersten Teil der Serie mit den historischen Ereignissen nach der Kapitulation der Hitlerarmee, der militärischen Befreiung Österreichs und der Bildung einer Provisorischen Regierung im Frühjahr 1945 befaßt hatten, widmete sich der zweite Teil den Ereignissen um die Potsdamer Konferenz und den ersten Wahlen in der Zweiten Republik. Nach einem nun folgenden kurzen Abschnitt über die Folgen dieser ersten Wahlen - die Koalitionsregierung - beginnen wir, uns mit der Gründung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes zu beschäftigen.

Am 25. November 1945 fanden die ersten Wahlen in der 2. Republik statt. Alle früheren Mitglieder und Anwärter der NSDAP, der SA und SS waren nicht wahlberechtigt. Die Austrofaschisten hingegen blieben unbehelligt. Die ÖVP erhielt 49,8% der Stimmen (85 Mandate), die SPÖ 44,6% (76 Mandate) und die KPÖ 5,4% (4 Mandate).

DIE KOALITIONSREGIERUNG

Die Form der politischen Koaliton der Provisorischen Regierung wurde auch nach dem Wahlsieg der ÖVP beibehalten, weil sich die ÖVP "im klaren war, daß sie ohne die Zusammenarbeit mit den Parteien der Arbeiterschaft die wirtschaftliche und politische Wiederherstellung Österreichs nicht bewältigen konnte" (Prader, S. 16; s. Fußnote 1). Die ÖVP beschloß gemeinsam mit den beiden anderen Parteien die Bildung einer Allparteienregierung unter Bundeskanzler Figl mit Schärf als Vizekanzler.

In bezug auf die SPÖ schreibt Prader: *"Für die sozialistische Partei- und Gewerkschaftsspitze selbst war die Koalition ein absolutes Dogma. In der Doktrin der rechtssozialistischen Führung war ein Verlust der politischen Koalition gleichbedeutend mit Zuständen wie in der Zwischenkriegszeit, also gesellschaftlicher Isolierung, Arbeitslosigkeit und Klassenkampf... Die Klassenkooperation war das Kernstück, die Essenz der sozialdemokratischen Politik."* (S. 16)

Die SPÖ zog aus ihrer Wahlniederlage den Schluß, daß der Grund des VP-Wahlerfolges in deren deutlichen Antikommunismus zu finden sei und schlug ab diesem Zeitpunkt ebenfalls offen diese Linie ein. *"Unter diesen Bedingungen einer Dominanz der rechten Kräfte in der Sozialdemokratie und des nahezu völligen Verschwindens der Tradition der Illegalität war die Strategie der Isolierung der Kommunisten und der unbedingten Zusammenarbeit mit dem Bürgertum schon präjudiziert. Dazu verwischten die alliierte Besatzung und der Alltag des allmählich in Gang kommenden Wiederaufbaus den sich formierenden sozialen Gegensatz und ließ den Wiederaufbau nur als primär nationale, klassenneutrale und harmonische Aufgabe erscheinen."* (Prader, S. 17)

„An den Militärkommandanten von Wien.

Betrifft: Erteilung der Bewilligung für die Registrierung des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes Österreichs.

Das Aktionskomitee, das für die Neuerrichtung des ‚Österreichischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes' in Wien I, Ebendorferstraße 7, arbeitet, bittet um Ihre Bewilligung für die Registrierung des Bundes.

Wien, am 27. April 1945.

Johann Böhm, Gottlieb Fiala, Lois Weinberger, Karl Krisch, Johann Smeykal

Der Gewerkschaftsbund ist registriert.

30. April 1945. (Unterschrift unleserlich)."

III. Der Wiederaufbau

DIE GRÜNDUNG DES ÖGB

In der letzten Kriegsphase hatten die Arbeiter selbst viele Produktionsstätten gerettet, indem sie sie entweder gegen Zerstörungsbefehle von seiten der faschistischen Führung verteidigten, oder indem sie - nachdem sich bestimmte Unternehmer abgesetzt hatten - die Produktion zu reorganisieren begannen. Nach der Befreiung wählten sie sich spontan Betriebsräte und Vertrauensleute. Hingegen entstand von "oben" - analog zur Provisorischen Regierung - 1945 auch der Österreichische Gewerkschaftsbund wieder. Praktisch wurde auch er von den drei Parteien gegründet - wenn auch nicht offiziell. Doch die drei "Gründer" (Böhm/SP, Weinberger/VP und Fiala/KP) waren jeweils Mitglied einer der drei Parteien und keineswegs gewählte Vertreter der Arbeiterbewegung. *"...In der Atmosphäre des Neubeginns erschien schon ein bloßes Parteienübereinkommen über die Besetzung des Präsidiums* (des ÖGB, Red.) *demokratisch. Daß die Vorstellungen und die Interessen der Mitglieder zu kurz kamen, liegt sicher auch am Zustand der Kommunikation im Jahr 1945, an der materiellen Misere und am Bewußtsein der Massen nach dem Faschismus, das nicht als demokratischer Korrektur- und Kontrollfaktor wirksam werden konnte. Auf diese Weise kam die Organisation der Gewerkschaften ohne Mitwirkung der Massen, nach den Erfahrungen und Zielen reformistischer Gewerkschaftsführer zustande."* (Prader, S. 73f)

Gemeinsame ideologische Linie bei der ÖGB-Gründung war der antifaschistische, demokratische Wiederaufbau Österreichs. Die organisatorische Grundlage: geeint, geschlossen, streng zentralisiert und das großteils nach dem Industriegruppenprinzip. Prader schreibt dazu folgendes weiter: *"Die Sekretäre und Vorstände, verstärkt durch ehemalige RS-Funktionäre 2), Kommunisten und christliche Gewerkschafter besetzten auch die wichtigsten Funktionen ohne demokratische Bestätigung durch die Mitglieder. Der ÖGB mit seinen Fachgewerkschaften war also keine Organisation, die sich unter dem Druck und den Vorstellungen der Gewerkschaftsmitglieder entwickelt hatte, sondern dem ÖGB lagen die organisatorischen Konzepte der freigewerkschaftlichen Sekretäre zugrunde... Unter diesen Bedingungen hing die organisatorische Gestalt des ÖGB ganz von den Verhandlungen der Spitzenfunktionäre und der Besatzungsmächte ab... Von Seite der Kommunisten bedeutete die Politik, den Gewerkschaftsbund für die kommenden Aufgaben des Wiederaufbaus möglichst stark zu machen und die Gewerkschaftseinheit auch um den Preis der politischen Neutralisierung zu realisieren, einen Verzicht auf wesentliche Prinzipien kommunistischer Gewerkschaftsarbeit..."* (Prader, S. 73)

Wird fortgesetzt

Anmerkungen:

1) Hans Prader: "Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf", erschienen in der Reihe "In Sachen...", 1. Jhg. 1975 - 1. Ausgabe, Heft 1.

Es handelt sich hiebei um Ausschnitte aus einer Dissertation (Politikwissenschaft, Universität Salzburg). Hans Prader wurde 1951 in Roßbach/OÖ geboren; 1970-75 Studium der Politikwissenschaft an der Universität Salzburg, ab 1975 Studium an der Universität Wien - Volkswirtschaft.

2) RS - "Revolutionäre Sozialisten", illegale sozialistische Partei vom 1934 bis zum Hitlereinmarsch in Österreich. Die RS stellten sich den Anspruch, die sozialdemokratische Entartung ihrer alten Partei überwinden zu wollen. Ihre Führung sah zwar bald die drohende Gefahr des Hitlerfaschismus und daß die austrofaschistische Diktatur dem nichts entgegensetzen würde, ging aber davon aus, daß man nichts dagegen unternehmen könne. Im Gegensatz dazu - aber auf Grund von Illusionen in den Austrofaschismus - stand die alte Führung der sozialdemokratischen Partei in Brünn. Noch in der "Arbeiter-Zeitung" vom 1. März 1938, also nach Schuschniggs Kapitulation vor Hitler in Berchtesgaden, schrieb Otto Bauer, "die Arbeiterschaft dürfe nicht zuschauen oder warten; sie müsse sofort ihre ganze Kraft einsetzen, denn 'nur ein kraftvoller, heroischer Widerstand des österreichischen Volkes selbst kann die öffentliche Meinung der Welt aufrütteln und dadurch auch die Hilfe der demokratischen Staaten erzwingen'." (Aus: Joseph Buttinger - Obmann der RS, "Am Beispiel Österreichs", Verlag Neue Kritik Frankfurt, 1972). Das schrieb der gleiche Austromarxist Bauer, der vor allem, zusammen mit seinem bei den RS verhaßten Schutzbundführer Deutsch, die Niederlage der österreichischen Arbeiterklasse im Februar 1934 zu verantworten hatte. Der Zerfall des autonomen Schutzbundes wurde danach weder von der KPÖ noch den RS verhindert. Der "heroische Widerstand" hätte unbewaffnet vor sich gehen müssen.

Es gab zwischen der RS-Führung und einem Großteil ihrer illegalen Gewerkschaftsfunktionäre große Differenzen in bezug auf das Verhältnis zwischen illegalem und legalem Kampf. Der oben zitierte Mitbegründer des ÖGB, Johann Böhm (bis 1934 Obmann der österreichischen Baugewerkschaft und wie viele Gewerkschafter Anhänger Bauers und daher der gleichen Auffassung, daß die Austrofaschisten sich gegen den Hitlerfaschismus der Arbeiterklasse nähern würden), war einer der ersten, der 1937 aufgrund von Illusionen in das Schuschnigg-Regime vorschlug, "legal" bezahlte Sekretärsstellen in der gelben Gewerkschaft der Austrofaschisten zu übernehmen. Aufgrund ihrer sog. "Einheitsfrontpolitik" (die m.E. bei der absehenden Entwicklung zu lange und erfolglos um die Bürgerlichen warb und daher falsch wurde) vertrat ebenso die KPÖ diese Linie. Sie setzte sich unter den RS nicht durch und Böhm mußte von seinen diesbezüglichen Plänen Abstand nehmen.